

# Mehr direkte Demokratie in die italienische Verfassung!



**Più potere ai cittadini  
modificando la Costituzione**

## **Mehr direkte Demokratie in die italienische Verfassung!**

Liebe Leserin, lieber Mitbürger,

in Italien steht es heute schlecht um die direkte Beteiligung der BürgerInnen an der Politik. Die Referendumsrechte sind unterentwickelt und schlecht geregelt. Kein Wunder, dass nur selten Volksabstimmungen abgehalten werden. Obwohl überall und auf allen Regierungsebenen strittige Fragen zu lösen wären und die Menschen mitentscheiden wollen, verhindert die überholte restriktive Regelung der direkten Demokratie die aktive Mitwirkung der BürgerInnen in der Politik. Viele lassen es von vornherein bleiben, entmutigt von bürokratischen Hindernissen, frustriert von der Wirkungslosigkeit der Instrumente und vom Beteiligungsquorum, das immer wieder Boykottkampagnen auf den Plan ruft. Obwohl hin und wieder in Anspruch genommen - zuletzt mit Erfolg gegen die Atomkraftprojekte der Regierung im Juni 2011 - ist das abschaffende Referendum ein Recht von geringerer Bedeutung. Die beiden Grundpfeiler der direkten Demokratie - die echte Volksinitiative (in Italien auch propositives Referendum genannt) und das bestätigende Referendum (Veto der Bürger gegen ein Gesetz vor dessen Inkrafttreten) - sind von der Verfassung gar nicht vorgesehen.

Somit ist es höchst an der Zeit, über diesen beschränkten Ansatz der Väter der Verfassung vor 64 Jahren hinauszugehen, um der politischen Kreativität der BürgerInnen mehr Platz zu geben und ihnen mehr Kontrollrechte gegenüber den Politikern an die Hand zu geben. Diese werden in der politischen Praxis Italiens auch dringend gebraucht. Es genügt nicht mehr, mit dem Damoklesschwert des Quorums über dem Kopf, einen Gesetzesartikel abschaffen zu können. Die BürgerInnen müssen tatsächlich über eigene Gesetzesinitiativen abstimmen und müssen ein Veto einlegen können, bevor unzumutbare Gesetze und untragbare Großprojekte Schaden anrichten. Die BürgerInnen sollen auch das Recht auf Abwahl unfähiger Vertreter erhalten und die Politikerdiäten festlegen können. Das geht nur mit den grundlegenden direktdemokratischen Rechten und ohne Quorum. Italien braucht auf allen Ebenen einen Ausbau der direkten Demokratie, und dies geht nicht ohne Änderung der Verfassung.

Um diesen beschränkten Ansatz zu überwinden muss der rechtliche Spielraum genutzt werden, um die Verfassung abzuändern: einerseits der Dialog mit Politikern und politischen Kräften, andererseits das Volksbegehren, denn die echte Verfassungsinitiative gibt es in Italien nicht. Genau dies macht das Promotorenkomitee "Quorum Zero". Es hat einen Vorschlag zur grundlegenden Reform der Mitentscheidungsrechte der BürgerInnen ausgearbeitet. Dem Komitee geht es darum, Volksabstimmungen nicht mehr bloß zur nachträglichen



Abschaffung von Gesetzen oder einzelner Artikel zu erwirken, sondern als Instrument der Gesetzgebung durch die Bürgerinnen und Bürger selbst und der unmittelbaren Kontrolle gegenüber den Beschlüssen der politischen Vertretung, es geht ihm um die Abschaffung des für die Mitbestimmung schädlichen Quorums und um eine bürgerfreundliche Regelung der Referendumsrechte. Mit dem vom Komitee Quorumzero angestrebten Volksbegehren - leider ohne Volksabstimmung, weil dies derzeit vom Gesetz her nicht vorgesehen ist - soll aufs Parlament Druck ausgeübt werden, damit die gesamte Palette der direktdemokratischen Rechte in der Verfassung verankert wird.

Mit ihrem Einsatz ist die INITIATIVE FÜR MEHR DEMOKRATIE seit 1995 Wegbereiterin für die direktdemokratischen Rechte, und ist heute noch gezwungen, für eine halbwegs akzeptable Regelung dieser Rechte in Südtirol zu kämpfen. Im Sommer 2009 hat sie Senator Oskar Peterlini unterstützt, einen einschlägigen Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung einzubringen, der heute in der Verfassungskommission des Senats zur Diskussion ansteht. Die Initiative hat sich im Mai 2011 an der gesamtstaatlichen „Aktionswoche für direkte Demokratie“ beteiligt, und hat sich mit ihrem Anliegen auch direkt an den Staatspräsidenten gewandt, auf dass er die Einlösung des Artikels 118 der Verfassung anmahne. Von Beginn an waren wir von der Initiative für mehr Demokratie mit unserem Mitarbeiter Thomas Benedikter in der von Paolo Michelotto (Rovereto) koordinierten Promotorengruppe „Quorum Zero“ am Zustandekommen des Volksbegehrens beteiligt. Nun gilt es, die Chance zu nutzen, über dieses Volksbegehren möglichst viele Menschen in Italien mit der direkten Demokratie bekannt zu machen und sie zur Unterschrift für diesen zukunftsweisenden Reformvorschlag zu bewegen.

Mit der vorliegenden Broschüre machen wir die Informationen des Promotorenkomitees dieses Volksbegehrens in zweisprachiger Form allen BürgerInnen Südtirols zugänglich, und entschuldigen uns gleichzeitig bei den LadinernInnen für das Fehlen der dritten sprachlichen Version. In Südtirol gibt es für dieses Anliegen einen fruchtbaren Boden, haben doch breite Teile der Bevölkerung mit ihrem Votum bei der Volksabstimmung 2009 gezeigt, dass sie diesen Ausbau der demokratischen Mitentscheidungsrechte wünschen. Somit hoffen wir, dass tausende MitbürgerInnen das Volksbegehren in der jeweiligen Heimatgemeinde unterschreiben. Zu diesem Zweck genügt es, sich mit dem Personalausweis an die Gemeindesekretariate zu wenden, und zwar bis Mitte Juli 2012. Wir danken für Ihre Unterstützung und fürs Weiterleiten dieser Broschüre in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis.

Stephan Lausch, Koordinator

Otto von Aufschnaiter, Präsident



## Für ein Null-Quorum und mehr Demokratie

(Iniziativa Quorum Zero e Più Democrazia)

Verfassungsgesetzentwurf (aufgrund einer Volksinitiative gemäß Art. 71, Abs. 2, der Verfassung und des Staatsgesetzes vom 25. Mai 1970, Nr. 352, Art. 48 und 49)

Volksbegehren zur Abänderung der Verfassung, Teil I, Abschnitt IV, zur Petition; Teil II, Abschnitt 1 zu den Verfahren zur direkten Demokratie; Teil II, Abschnitt 5, über die Verfahren zur direkten Demokratie in den Lokalkörperschaften, Teil II, Abschnitt VI, Verfahren direkter Demokratie zur Änderung der Verfassung.

*„Wir sind alle zugleich private Bürger und im Dienste der Allgemeinheit. Für uns ist ein Mensch, der die Aufgaben des Staates meidet, nicht einfach ein Mensch, der nur an sich denkt, sondern ein nutzloser Bürger. Wenn auch wenige von uns in der Lage sind, die Politik zu gestalten, sind wir doch alle fähig, sie zu beurteilen.“*

Perikles, Lob der Demokratie (aus den „Geschichten“ von Thukydides)

## Warum die Verfassung ändern?

Europa durchlebt aufgrund der Euro-Krise eine wirtschaftlich schwierige Phase. Auch deshalb, fordern immer mehr BürgerInnen auf sozialer und politischer Ebene mehr Mitentscheidungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten in der Politik. Mit dem vorliegenden Verfassungsgesetzentwurf setzen wir uns das Ziel, ein Machtmonopol zu beseitigen: jenes der Gesetzgebungsmacht eines kleinen Personenkreises, der vor allem Parteiapparaten und mächtigen Interessengruppen verpflichtet ist. Die Verfassung gibt aber auch den BürgerInnen das Recht, Gesetzentwürfe vorzulegen, die „Volksinitiativgesetzentwürfe“ genannt werden.



Selbst dieses beschränkte Grundrecht der BürgerInnen wird aber durch die derzeitige Regelung und Praxis im Parlament völlig unterlaufen.

Wir legen folglich einen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung Italiens vor. Wir wollen im Rahmen unseres Verfassungssystems die Kontrollrechte der BürgerInnen verstärken, Volksabstimmungen erleichtern, das Beteiligungsquorum abschaffen, die Abwahl gewählter Mandatare einführen und den BürgerInnen das Recht auf Volksinitiative verschaffen. Wir schlagen vor, dass über das bloße Volksbegehren ans Parlament (*proposta di legge di iniziativa popolare*, ohne Recht auf Volksabstimmung) auch das Recht auf Volksinitiative mit Volksabstimmung eingeführt wird. Wenn das Parlament eine solche Volksinitiative aus verschiedenen Gründen nicht behandelt oder ablehnt, wird sie der Gesamtheit der BürgerInnen zur Abstimmung vorgelegt. Es geht darum, die Verfahren zur Vorlage und Verabschiedung von Gesetzen durch die souveränen BürgerInnen zu verbessern, also die Verfahren direkter Demokratie. Das für die Ausübung dieser Bürgerrechte schädliche und unnötige Beteiligungsquorum muss abgeschafft werden.

Die Verfassung Italiens weist in dieser Hinsicht Lücken auf, die im Rahmen der parlamentarischen Praxis dazu geführt haben, dass die Bemühungen der BürgerInnen um Beteiligung in der Politik nicht zum Tragen gekommen sind. Doch gibt es auch offenkundige Widersprüche in der Verfassung, wenn es etwa einerseits den Institutionen zur Pflicht gemacht wird, die Initiative der

## 6 *Null-Quorum und direkte Demokratie*

BürgerInnen fürs Gemeinwesen und das Gemeinwohl zu fördern (Art. 118, 4), während andererseits für Volksabstimmungen ein Beteiligungsquorum vorgeschrieben wird (Art. 75), das regelmäßig zu Boykottkampagnen dieses Grundrechts führt. Ist dieses Hindernis einmal entfernt und sind die wichtigsten Mitentscheidungsrechte eingeführt, dann muss das Parlament veranlasst werden, die Regeln zur Anwendung dieser Mitentscheidungsrechte (heute: Staatsgesetz Nr. 352/1970) neu zu fassen.

Diese Reform wird sich nicht nur auf die Demokratie, sondern auch auf die Wirtschaft unseres Landes sehr deutlich auswirken. Die Stabilität der öffentlichen Finanzen muss auch durch mehr Kontrolle seitens der BürgerInnen gesichert werden; die Verantwortung der Politiker gegenüber dem Gemeinwesen kann durch mehr direkte Beteiligung an der Politik der BürgerInnen nur steigen. Um der Demokratie in Italien mehr Qualität zu verleihen und um die Verfassung zukunftsweisend zu erneuern, müssen die Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen neu ausgestaltet und wirksam gemacht werden.

Wir greifen somit zum Instrument des Volksbegehrens gemäß Art. 71 der Verfassung. Weil eine zwingende Volksabstimmung und die Pflicht des Parlaments zur Behandlung des Volksbegehrens innerhalb bindender Fristen nicht vorgesehen ist, ist dieses Volksbegehren ein schwaches Instrument. So überrascht es nicht, dass der Großteil der Volksbegehren laut Art. 71, die nicht nur von den vorgesehenen 50.000, sondern öfters von hunderttausenden BürgerInnen unterschrieben worden sind, im Parlament unbehandelt verstaubt. Dennoch wollen wir dieses Instrument nutzen, um Druck auf die Politiker auszuüben und die gesamte Bevölkerung die weitergehenden Verfahren der direkten Beteiligung an der Politik kennen lernt, die das Land so dringend benötigt.

## **Die Grundanliegen unserer Initiative**

Durch Einführung der echten Volksinitiative und des bestätigenden Referendums werden in der Verfassung die Grundrechte der BürgerInnen auf Mitentscheidung und auf Kontrolle gegenüber den politischen Vertretern wesentlich gestärkt. Die BürgerInnen können eine neue und aktivere Rolle in der Politik spielen. Es wird ein korrekteres, ebenbürtiges Verhältnis zwischen Parteien, Institutionen und BürgerInnen geschaffen. Um welche Rechte geht es dabei?

- die Volksinitiative mit dem Recht auf Volksabstimmung, in Italien auch als „propositives Referendum“ bezeichnet;
- das bestätigende Referendum (wird heute nur bei Verfassungsänderungen unter bestimmten Umständen angewendet);



- das Recht auf Abwahl politischer VertreterInnen;
- das obligatorische bestätigende Referendum, bei Verfassungsänderungen und immer dann, wenn die gewählten Vertreter ihren eigenen Wahlmodus, ihre Rechte und Bezüge regeln (z.B. das Wahlrecht, die Parteienfinanzierung, Sonderrechte der Parlamentarier gegenüber der Justiz usw.).

Diese Instrumente werden in der Folge näher erläutert. Bei den Anwendungsregeln zu diesen Rechten muss vor allem das Beteiligungsquorum abgeschafft werden. Am Beteiligungsquorum sind von 1997 bis 2009 dutzende abrogative Volksabstimmungen gescheitert. Immer mehr Menschen ist damit die aktive Beteiligung an der Politik verleidet worden. Diese Bestimmung muss vom Prinzip ersetzt werden: „Wer zur Urne geht, soll entscheiden; wer zuhause bleibt, überlässt die Entscheidung bewusst seinen MitbürgerInnen“. Somit muss bei einer Volksabstimmung die Entscheidung jenen zustehen, die abstimmen, nicht jenen, die sich nicht interessieren oder die sich der Stimme enthalten. Dies ist eine der Grundregeln, die die direkte Demokratie in Ländern mit langer positiver Erfahrung mit diesen Verfahren überhaupt zum Funktionieren gebracht hat.

Von besonderer Bedeutung ist auch die freie und korrekte Information über die Themen der Volksinitiativen und anstehenden Volksabstimmungen seitens der Institutionen, aber auch der Medien, damit sich alle BürgerInnen unabhängig ein Bild von der jeweils gestellten Frage machen können. Dazu braucht es klare und verbindliche Regeln für den Staat zur Wahrung des Rechts auf Information der BürgerInnen während der Volksabstimmungskampagnen. Außerdem sind zeitgemäße, bürgernahe Formen der Unterschriftensammlung erforderlich, nach dem Muster der von Italien übernommenen Regelung zur Anwendung der Europäischen Bürgerinitiative. Man muss künftig seine Unterschrift sowohl auf Papier, als auch digital via Internet leisten können.

In der zukünftigen Ausgestaltung der Mitentscheidungsrechte der BürgerInnen werden die Volksinitiative und das bestätigende Referendum im Vordergrund stehen. Dennoch haben wir in unserem Vorschlag das abschaffende (abrogative) Referendum beibehalten, nicht weil es eine so wichtige Form des Referendums wäre, sondern weil es in den bisher 38 Jahren seiner Anwendung einen festen Platz im politischen Bewusstsein der BürgerInnen Italiens gefunden hat, und vielleicht auch weil es in Italien genug Gesetze gibt, die man getrost abschaffen könnte.

## Einige Gründe für die Abschaffung des Beteiligungsquorums

1. Bei einem Quorum zählt jeder Wähler, der nicht zur Abstimmung geht (sich also der Stimme enthält) automatisch als Nein-Stimme, während in der Realität sehr viele Wähler aus den verschiedensten privaten Gründen nicht zur Urne gehen. Bei den Wahlen gibt es kein Quorum, und es zählen nur die gültigen, für die Parteien und Kandidaten abgegebenen Stimmen. Die Nicht-Beteiligung an einer Volksabstimmung muss gleich bewertet werden wie jene bei Wahlen, nämlich als eine Stimmenthaltung ohne Gewicht und Einfluss auf das Endresultat.

2. Das Beteiligungsquorum lädt - wie aus Erfahrung bekannt - die Gegner einer Volksinitiative immer wieder zu Boykottkampagnen ein. Sie müssen die Wähler nicht mit Gegenargumenten überzeugen, damit sie mit NEIN stimmen, sondern können einfach allgemein zum Fernbleiben an den Urnen aufrufen. Dadurch summiert sich die Gruppe der echten Gegner einer Volksabstimmungsvorlage mit der großen Gruppe der Wähler, die aus anderen, privaten Gründen verhindert ist. Damit kann die Beteiligung rasch unter 50% sinken.

3. In Italien ist bei sehr wichtigen Volksabstimmungen kein Quorum vorgesehen, so z.B. beim bestätigenden Referendum zu Verfassungsänderungen (Art. 138, Abs.2) und bei den bestätigenden Referenden zu Regierungsformgesetzen (Wahlrecht, direkte Demokratie) auf regionaler und Landesebene.

4. Während die Gegner mit Boykottkampagnen die demokratische Auseinandersetzung scheuen und eine unfaire Allianz mit den Nicht-Interessierten und sonstig verhinderten Wählern bilden, werden die politisch interessierten und beteiligungswilligen BürgerInnen durch ein Quorum bestraft. Das Quorum fördert das Wegschauen und belohnt jene, die sich nicht beteiligen.

5. Letztlich führt das Beteiligungsquorum auch zu einer Aushöhlung des Rechtes auf geheime Wahl. Wer sich nämlich trotz einer Boykottkampagne an der Abstimmung beteiligt, wird von den Gegnern einer Abstimmungsvorlage leicht als Befürworter identifiziert.

6. Die Befürchtung, dass eine sehr aktive Minderheit bei einer Volksabstimmung ohne Quorum eine passive Mehrheit, „übereinnemen“ könnte, ist unbegründet. Bei sehr umstrittenen Sachfragen steigt die Beteiligung an Volksabstimmungen in Ländern mit bürgernaher direkter Demokratie immer weit über 50% an. Die





Mehrheit der Wähler hat immer die Möglichkeit, Anliegen einer Minderheit, die als ungerechtfertigt betrachtet werden, abzulehnen. Jene politischen und sozialen Kräfte, die vorgeben, die Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten, steht es immer frei, ihre Unterstützer zur Teilnahme an der Volksabstimmung zu mobilisieren.

7. Das Quorum wird von den BürgerInnen nicht befürwortet, dort wo sie selbst über die demokratischen Mitentscheidungsrechte entscheiden können. Werden diese Rechte von den politischen Vertretern alleine geregelt, versuchen diese mit dem Quorum ihre Interessen zu schützen.

8. In Länder mit gut ausgebauter und gut funktionierender direkter Demokratie wie in der Schweiz und in den USA gibt es weder ein Beteiligungsquorum, noch ist je versucht worden, eines einzuführen.

9. Das Quorum hat in Italien seit 38 Jahren den BürgerInnen die Beteiligung an den Volksabstimmungen nachweislich verleidet. Nachdem von 1995 bis 2009 alle abrogativen Referenden am Quorum gescheitert sind, haben sich Millionen von BürgerInnen frustriert von der Ausübung dieses Rechts abgewandt. Die direkte Demokratie hat jedoch den Zweck, die Beteiligung der BürgerInnen zu fördern, nicht abzuschrecken. Das Quorum, ursprünglich als Anreiz zur Teilnahme verstanden, hat sich längst ins Gegenteil verkehrt. Millionen BürgerInnen nehmen nicht mehr teil, weil sie die Hoffnung aufgegeben haben, dass ihr Urnengang etwas bewirkt.

10. Das Quorum hat seinen Ursprung im Misstrauen gegenüber den BürgerInnen. Die Verfahren direkter Demokratie sollen in der heutigen Gesellschaft die Beteiligung der BürgerInnen an der Politik und die öffentliche Diskussion über wichtige Fragen anregen. Das Quorum fördert hingegen Boykottkampagnen und damit das Gegenteil einer offenen politischen Debatte über Sachfragen. Es ist weit einfacher, sich dieser Debatte zu entziehen und mit oberflächlichen Slogans die Bevölkerung zum Fernbleiben von den Urnen aufzurufen, als mit Argumenten zu überzeugen.



## Erläuterung der vorgeschlagenen Änderungen der Verfassungsartikel

### **Art. 50 - Die Petition**

Mit einer Petition können die BürgerInnen von den beiden Kammern des Parlaments verlangen, bestimmte Fragen gesetzlich zu regeln oder sie können den Institutionen eine Frage von allgemeinem Interesse zur Kenntnis bringen, wobei Anrecht auf Beantwortung besteht. Dieser Verfassungsartikel ist in den 63 Jahren des Bestehens der Republik nicht mit Anwendungsgesetz anwendbar gemacht worden. Deshalb konnten die BürgerInnen Italiens das Grundrecht auf Petition nicht wahrnehmen. Somit wird neu festgelegt, dass die Petenten ein Recht auf Antwort seitens des Parlaments innerhalb von 3 Monaten haben.

### **Art. 67 - Die Abwahl**

Dieser Artikel regelt zur Zeit nur die Wahl der Mitglieder des Parlaments. Wir schlagen die Einführung des Rechts auf Abwahl vor ("recall" im angelsächsischen Raum), das den BürgerInnen die Ersetzung eines politischen Vertreters vor Ende



seines Mandats mit Ende der Legislaturperiode ermöglicht. Die Abwahl ist heute in den USA auf lokaler und Bundesstaatenebene vorhanden, in Venezuela, in Bolivien, in British Columbia (Kanada), in Argentinien. Den meisten von einem Abwahlverfahren betroffenen Politikern wird Korruption, schlechte Amtsführung, Bruch des Vertrauens seitens der Wähler vorgeworfen. Die Abwahl setzt eine entsprechende Petition mit der Sammlung einer gesetzlich festgelegten Zahl von Unterschriften voraus. In der Schweiz ist auf Kantonsebene die Abwahl nur gegenüber der gesamten Kantonalregierung oder des gesamten Kantonalrats möglich. Folgende Argumente haben uns bewogen, die Abwahl auch in die italienische Rechtsordnung einführen zu wollen:

- 1) Sie ermöglicht die ständige Kontrolle der gewählten Politiker. Die Wähler müssen nicht bis zum Ende der Legislatur warten, um unfähige, unverantwortliche Politiker abzusetzen. Die Abwahl zwingt die Politiker, dem Wähler ständig rechenschaftspflichtig zu sein. Die Möglichkeit der Abwahl erinnert den Politiker daran, dass er in den Diensten des Gemeinwesens steht, nicht umgekehrt.
- 2) Sie reduziert die Macht jener, die den Politikern finanziell an die Macht verhelfen.
- 3) Sie liefert den BürgerInnen einen Grund, Verhalten und Entscheidungen der Politiker aktiver zu verfolgen. Sie bringt die BürgerInnen zu mehr Engagement, statt zu Ohnmachtsgefühl.
- 4) Sie bietet ein Ventil, Unzufriedenheit mit bestimmten Politikern auszudrücken. Die Abwahl ermöglicht eine rasche Konfliktlösung.
- 5) Die relativ hohe Zahl von Unterschriften, die für die Forderung nach einer Abwahl nötig ist, bildet eine wirksame Barriere gegen Missbrauch dieses Verfahrens.

Aufgrund der Komplexität und häufigen Änderung des Wahlrechts für das italienische Parlament, schlagen wir für die Einleitung eines Verfahrens für die Abwahl zwei Methoden vor:

- a) über die Sammlung von Unterschriften von 12% der Wahlberechtigten im Wahlkreis des betroffenen Politikers. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nicht alle Parlamentsmitglieder über die Wahl in einem Wahlkreis ins Parlament einziehen.
- b) Mit Sammlung von 1% der Unterschriften der gesamten Wählerschaft auf Staatsebene. Diese Zahl, die derzeit etwa 500.000 Wählern entspricht, ist für die Abwahl eines einzigen Parlamentsmitglieds eine enorm hohe Zahl, die nur in Fällen größter Entrüstung über einen Politiker zum Tragen kommen wird sowie in jenen Fällen, wo die Anwendung der ersten Methode nicht in Frage kommt!

Wie bei allen übrigen Volksentscheiden, ist auch bei der Abwahl kein

## 12 *Null-Quorum und direkte Demokratie*

Beteiligungsquorum vorgesehen. Die Abwahl hat sofortige Wirkung. Es bleibt dem Parlament überlassen, die Nachbesetzung eines abgewählten Politikers mit Staatsgesetz zu regeln. In Artikel 118 sehen wir vor, dass das Verfahren der Abwahl auch auf lokaler Ebene eingeführt werden muss. Die BürgerInnen können in Zukunft mithilfe der hier vorgeschlagenen neuen Volksrechte eine Verfassungsänderung erwirken, mit welcher die gesamte Regierung oder das gesamte Parlament nach Schweizer Muster abgewählt werden können.

### **Art. 69 - Die Vergütung der Mitglieder des Parlaments**

In der heutigen Fassung sieht dieser Artikel vor, dass die Diäten der Parlamentarier mit Staatsgesetz geregelt werden, doch Beträge selbst werden nicht genannt. Wir hingegen schlagen vor, dass es den Wählern bei der Wahl des Parlaments zustehen soll, die Vergütung der Parlamentarier für die betreffende Legislatur festzulegen. Dabei soll diese Vergütung an das mittlere Einkommen der Bevölkerung geknüpft werden. Die Berechnung würde in der Praxis folgendermaßen erfolgen:

- Das Jahreseinkommen pro Kopf der in Italien Ansässigen wird aus amtlichen Quellen (z.B. dem ISTAT) ermittelt. Es lag 2011 bei 22.000 Euro.
- Beim Wahlvorgang hat jeder Wähler die Möglichkeit, den Multiplikator festzulegen, mit welchem dieses Durchschnittseinkommen multipliziert werden soll.
- Am Ende der Stimmenauszählung wird der Durchschnitt aller angegebenen Multiplikatoren berechnet (aufgerundet auf eine Kommastelle) und auf das betreffende Durchschnittseinkommen angewandt.
- Beispiel: würde ein durchschnittlicher Multiplikator von 3,5 ermittelt, beliefe sich die Vergütung der Parlamentarier auf  $3,5 \times 22.000 \text{ Euro} = 77.000 \text{ Euro}$  im Jahr.

Mit dieser Lösung würde die politische Vertretung wieder stärker zu einem Dienst an der Allgemeinheit werden, nicht der Aneignung von Privilegien in Selbstbedienungsmanier dienen.

### **Art. 70 - Die Legislative**

### **Art. 71 - Die Gesetzesinitiative**

Die italienische Verfassung gesteht den BürgerInnen nur das Recht zu, das Parlament zu einem Gesetz anzuregen. Um dieses Recht und damit die Beteiligung der BürgerInnen an der Legislative wirksam werden zu lassen, werden in den beiden nachfolgenden Artikeln entsprechende Verfahren festgelegt. In Art. 70 wird der Begriff „das souveräne Volk“ eingefügt, um die Souveränität der Gesamtheit der StaatsbürgerInnen auch gegenüber den gewählten Vertretern



klar zu stellen. Der Art. 71 stellt die Wählerschaft bezüglich ihrer Befugnis zur Gesetzesinitiative anderen Organen grundsätzlich gleich.

## **Art. 73 - Volksinitiative mit Abstimmung im Parlament** **Art. 73 bis - Volksinitiative mit Volksabstimmung**

Die vom Volk ausgehende Gesetzesinitiative (Volksbegehren) besteht bereits in der Verfassungsordnung Italiens. Schon die Verfassungsgeber von 1947/48 wollten dieses demokratische Grundrecht nicht nur den Berufspolitikern vorbehalten, sondern unter bestimmten Voraussetzungen allen wahlberechtigten StaatsbürgerInnen zugänglich machen. Diese Möglichkeit ist in Form der Europäischen Bürgerinitiative mit dem Lissaboner EU-Vertrag 2009 auch allen EU-BürgerInnen gegenüber der EU eingeräumt worden.

Das Instrument der Volksinitiative und damit das Recht der Staatsbürger auf die Gesetzesinitiative wird jedoch bis heute durch eine banale Regelung der Verfahren im Parlament ausgehebelt. Diese Regelung gibt nämlich den Gesetzesinitiativen der Parlamentsmitglieder immer Vorrang vor den Gesetzesvorschlägen mit Volksinitiative. In der Geschichte der Republik ist es äußerst selten zur Debatte im Parlament über derartige Volksinitiativen gekommen. Trotz der äußerst geringen Erfolgsrate der Volksbegehren wird dieses Instrument dennoch immer wieder von Gruppen von BürgerInnen genutzt, die die nötigen Unterschriften sammeln und Gesetzesvorschläge im Parlament einbringen.

Mit unserem Vorschlag wird das Recht der BürgerInnen auf Gesetzesinitiative endlich tatsächlich eingelöst. Es wird somit nicht mehr möglich sein, derartige Volksbegehren einfach zu archivieren, weil eine Pflicht zur Behandlung im Parlament innerhalb einer verbindlichen Frist eingeführt wird. Wird diese Frist nicht eingehalten, kommt es automatisch zur Volksabstimmung.

Der Art. 73 ist die folgerichtige Erweiterung dieses Prinzips im Geiste der Verfassung. Die souveränen Staatsbürger haben auch das Recht auf Abstimmung über die von ihnen eingebrachten Gesetzesvorschläge. In diesem Fall steht es dem Parlament zu, einen Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen. Damit werden beide Vorschläge, jener der BürgerInnen und jener der Parlamentsmehrheit, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

Dieses Verfahren funktioniert in zahlreichen Demokratien der Welt und steht absolut nicht im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, sondern stellt vielmehr ihre logische Ergänzung dar. Eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Nutzung dieser Instrumente ist die freie, unabhängige und korrekte Information zu allen vorliegenden Gesetzesvorschlägen.



### **Art. 74 - Das freiwillige und obligatorische bestätigende Referendum**

Mit diesem Artikel schlagen wir auch für Italien die Einführung des bestätigenden Referendums nach dem Muster der Schweiz vor, wo dieses Volksrecht seit 1874 besteht. Jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz soll nach genau geregelter Verfahren und bei Vorlage der erforderlichen Unterschriftenzahl einer Volksabstimmung unterzogen werden können. Nur im Fall der Zustimmung der BürgerInnen kann das fragliche Gesetz auch in Kraft treten.

Das bestätigende Referendum hat bei einer guten Regelung der direkten Demokratie besonderes Gewicht. So sind in der Schweiz auf Bundesebene von 1874 bis 2004 151 bestätigende Referenden abgehalten worden. In 78 Fällen haben die BürgerInnen den Parlamentsvorschlag abgelehnt, was 51,65% entspricht. Die Themen reichten von den Abkommen mit der EU über den Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland bis zur Privatisierung der Energiewirtschaft. In derselben Zeit hat das Bundesparlament in Bern insgesamt 2200 Gesetze verabschiedet. Somit sind nur 3,5% der Gesetze einem bestätigendem Referendum unterworfen worden, während die BürgerInnen bei 96,5% der Gesetze keine Volksabstimmung verlangt haben.



In unserem Vorschlag sehen wir zwecks Ergreifung des bestätigenden Referendums vor, dass binnen 10 Tagen ab Verabschiedung des fraglichen Gesetzes im Parlament ein Komitee aus 11 BürgerInnen gebildet wird, die mindestens 10.000 Unterschriften sammeln müssen. Dieser erste Schritt hat aufschiebende Wirkung und erlaubt dem Promotorenkomitee die Sammlung von Unterschriften von mindestens 1% der Wahlberechtigten innerhalb von 3 Monaten. Gelingt diese Sammlung, wird das vom Parlament verabschiedete Gesetz der ganzen Wählerschaft zur Bestätigung oder Ablehnung in einer Volksabstimmung ohne Beteiligungsquorum vorgelegt.

Darüber hinaus müssen - wie auch in der Schweiz - einige grundlegende Fragen für das Funktionieren des demokratischen Systems dem obligatorischen Referendum unterworfen werden:

1. Jede Abänderung der Verfassung
2. Jedes internationale Abkommen, das Souveränitätsrechte an supranationale Organisationen überträgt.
3. Die Wahlgesetze
4. Das Gesetz zur Parteienfinanzierung
5. Die Gesetzesdekrete innerhalb eines Jahres ab Verabschiedung

Verfassungsänderungen müssen bei geltender Regelung nur dann zur Volksabstimmung kommen, wenn sie von weniger als 2/3 des Parlaments verabschiedet worden sind. Wir schlagen vor, dass grundsätzlich jede Änderung unseres Grundgesetzes einer Volksabstimmung unterworfen werden soll.

Mit dem Punkt 2 soll vermieden werden, dass den StaatsbürgerInnen wesentliche Teile ihrer Souveränität zugunsten von supranationalen Organisationen entzogen wird, die nicht ausreichend demokratisch legitimiert sind oder deren Organe nicht demokratisch gewählt werden.

Das Wahlrecht ist für die parlamentarische Demokratie von entscheidender Bedeutung, weshalb auch eine Mehrheit der BürgerInnen zustimmen muss, nicht nur die Politiker im Parlament selbst. Ebenso wichtig ist die Frage der Finanzierung der Parteien. Wenn Politiker alleine diese Frage regeln, befinden sie sich in einem eklatantem Interessenkonflikt. Sie haben die Interessen ihrer Partei im Auge, die erfahrungsgemäß oft zu Lasten des Gemeinwohls gehen, weshalb es einer stärkeren Kontrolle durch die BürgerInnen bedarf.

Die Gesetzesdekrete müssen aufgrund ihrer Dringlichkeit sofort in Kraft treten. Mit solchen Dekreten werden Rechte aufs bestätigende Referendum umgangen, weshalb ihre Bestätigung im Wege des Referendums innerhalb eines Jahres zur Auflage gemacht wird, um Missbrauch dieser Rechtsform zu vermeiden.



## **Art. 74 bis - Die direkte Volksinitiative (Propositives Referendum)**

Dieses grundlegende Instrument der direkten Demokratie ist in einigen Statuten von Regionen, Provinzen und Gemeinden Italiens schon vorhanden. Dieses Verfahren ist in über 20 US-Bundesstaaten wie z.B. Kalifornien und Oregon seit Langem mit dem Namen „Initiative“ etabliert. Es erlaubt es, gemäß unserem Vorschlag, nach Sammlung der Unterschriften von 2% der Wahlberechtigten (derzeit rund 1 Million BürgerInnen) einen von BürgerInnen erarbeiteten Gesetzesvorschlag direkt zur Volksabstimmung zu bringen. Die direkte Volksinitiative weist einige wesentliche Unterschiede zum Volksbegehren mit Volksabstimmung gemäß des hier vorgeschlagenen Art. 73 bis auf:

- es erfordert die doppelte Zahl an Unterschriften (2% statt 1%);
- der Gesetzesvorschlag wird direkt dem Volk zur Abstimmung vorgelegt ohne Einbeziehung des Parlaments;
- die für die Abwicklung des Verfahrens erforderliche Zeit beträgt maximal 1 Jahr, wird also im Vergleich zum Volksbegehren schneller abgewickelt;
- ein Recht auf Gegenvorschlag des Parlaments ist nicht vorgesehen.

Auch bei dieser Volksabstimmung schließen wir - wie bei allen anderen Referenden - ein Beteiligungssquorum aus. Wer abstimmt, entscheidet. Nach der Volksabstimmung hat, bei positivem Ausgang im Sinne der Einbringer, der Gesetzgeber 90 Tage Zeit, um das Ergebnis der Abstimmung umzusetzen. Ein sofortiges Inkrafttreten des Vorschlags der Volksinitiative ist nicht denkbar, weil dieses das bestehende Recht zur Gänze oder zum Teil aufhebt und ersetzt. Somit muss dem Parlament eine Mindestfrist eingeräumt werden, um die bestehende Rechtslage im Sinne des Ergebnisses der Volksabstimmung anzupassen. Darüber hinaus werden als Bindungsdauer einer direkten Volksinitiative 10 Jahre festgeschrieben. In dieser Zeit kann das Ergebnis einer Abstimmung nicht durch das Parlament, sondern nur durch eine weitere Volksinitiative abgeändert werden.

## **Art. 75 - Das abschaffende Referendum**

Die geltende Regelung sieht heute Folgendes vor:

- Absatz 1: mindestens 500.000 WählerInnen müssen mit ihrer Unterschrift ein derartiges Referendum verlangen.
- Absatz 2: wichtige Sachbereiche sind vom Referendum ausgeschlossen.
- Absatz 4: nur wenn 50% der Wahlberechtigten abstimmt, ist die Volksabstimmung gültig.
- Absatz 5: der Gesetzgeber legt die Anwendung und Verfahrensregelung fest, was mit Staatsgesetz Nr. 352/1970 erfolgt ist. Dieses hat die Unterschriftensammlung (Beglaubigung durch bestimmte befugte





Personen) und die Sammelfrist sehr restriktiv geregelt.

Seit 1995 sind alle abschaffenden Referenden bis zu jenem vom Juni 2011 aufgrund der Nicht-Erreichung des Beteiligungsquorums für ungültig erklärt worden, wodurch auch der finanzielle Aufwand für den Staat vergeudet war. Wir schlagen nach dem Muster der Schweiz, Bayerns, Kaliforniens vor, dass grundsätzlich alle Sachbereiche einem solchen Referendum unterworfen werden können und kein Beteiligungsquorum gilt.

### **Art. 75 bis - Die Kundmachung der Gesetze und Volksabstimmungsergebnisse**

Bei der bisher in Art. 75 der Verfassung geregelten Kundmachung der Gesetze und Volksabstimmungsergebnisse wird ausgeschlossen, dass ein mit bestätigendem Referendum abgelehntes Gesetz im Lauf der darauf folgenden 5 Jahre wieder ins Parlament eingebracht werden kann.

### **Art. 75 ter - Die elektronische Unterschrift und Beglaubigungsbefugnis der BürgerInnen**

Die Unterschriften können auf Papier oder auf elektronischem Weg gesammelt werden, wie es auch ab 2012 für die Europäische Bürgerinitiative in der gesamten EU zur Anwendung kommen wird. Dabei kommt ein amtlich überprüfbarer Modus der Unterschriftenabgabe via Internet zur Anwendung. Im Art. 75 ter haben wir darüber hinaus das Prinzip eingebaut, dass es allen BürgerInnen, die es wünschen, ermöglicht werden muss, die gesammelten Unterschriften zu beglaubigen. Gleich wie die derzeit für diese Rolle befugten Beglaubiger werden diese BürgerInnen zu strafrechtlich haftenden Personen mit Beglaubigungsvollmacht. Mit dieser Regelung würde sich Italien der Praxis in der Schweiz und Kalifornien annähern, wo die Unterschriften ohne amtliche Beglaubigung gesammelt werden können. Dabei werden die Unterschriften auf selbst herausgegebenen Vordrucken gesammelt, die auch übers Internet und über Inserate in Zeitungen publiziert werden. Die Wahlämter üben die formale Kontrolle aus, indem die vorgelegten Unterschriften mit den offiziell hinterlegten Unterschriften der jeweiligen Wahlberechtigten verglichen werden.

### **Art. 75 quater - Für Volksrechte in Frage kommende Sachbereiche**

Den BürgerInnen wird dieselbe inhaltliche Zuständigkeit über politische Sachbereiche zuerkannt wie ihren politischen Vertretern, doch werden Gesetzesinitiativen, die den Grund- und Menschenrechten widersprechen, ausgeschlossen.

## **Art. 75 quinquies - Amtliches Informationsheft**

Um die größtmögliche und bewusste Beteiligung der BürgerInnen an den Volksabstimmungen zu gewährleisten, sowohl beim bestätigenden Referendum als auch bei der Volksinitiative, soll jedem Wahlberechtigten ein Informationsheft (=Abstimmungsheft) seitens der zuständigen Ämter übermittelt werden, das sich auch in der Schweiz sehr bewährt hat.

Art. 75 sexies - Die BürgerInnen können das direktdemokratische Verfahren auch nach Hinterlegung der Unterschriften ändern.

Den Bemühungen der BürgerInnen um Beteiligung an politischen Entscheidungen soll in verschiedener Weise Genüge getan werden. Ein Promotorenkomitee kann sich die Sammlung von Unterschriften für eine bestimmte Art von Volksabstimmung zum Ziel setzen, jedoch die erforderliche Zahl nicht erreichen. In diesem Fall kann das Promotorenkomitee für die Verwendung der Unterschriften für ein anderes direktdemokratisches Verfahren optieren, das eine geringere Anzahl von Unterschriften erfordert. Zu diesem Zweck muss das Promotorenkomitee bereits bei der Unterschriftensammlung die voraussichtliche Nutzung dieser Unterschriften bekannt geben.

## **Art. 75 septies - Kostenlose, offizielle Werbeflächen für die Volksinitiativen und Referenden**

Die direkte Demokratie funktioniert gut, wenn ihre Regeln gut und bürgernah ausgestaltet werden. Den Promotorenkomitees stehen in der Bewerbung von Volksabstimmungen dieselben Rechte zu wie den wahlwerbenden Parteien.

## **Art. 118 - Lokalkörperschaften und direkte Demokratie**

Der bisherige Wortlaut dieses Verfassungsartikels ist beibehalten worden, doch mit einem Zusatz: in den Statuten der Regionen und Lokalkörperschaften müssen die Rechte auf bestätigende, abschaffende und propositive Referendum ohne Beteiligungsquorum anerkannt werden, und zwar für alle Sachbereiche, für welche die gewählten Vertreter auf der jeweiligen Regierungsebene zuständig sind. Diese Pflicht besteht heute nicht, weshalb sie erst in sehr wenigen Lokalkörperschaften zur Anwendung gekommen sind und wenige das Quorum abgeschafft haben, während in den meisten Fällen Einschränkungen bei den referendumsfähigen Sachbereichen verfügt worden sind.

Die Vorteile der direkten Demokratie sind auf staatlicher wie auf regionaler und lokaler Ebene nachgewiesen, wie z.B.:

- Die politische Macht wird feiner verteilt. Das Verhältnis zwischen Politikern und BürgerInnen wird ebenbürtiger. Die BürgerInnen haben die Möglichkeit, zum „Gelegenheitspolitiker“ aufzurücken und für dringende Anliegen selbst einzutreten.



- Sie gibt den Minderheiten die Möglichkeit, ihre Anliegen bekannt zu machen und fördert die zivile Auseinandersetzung. Damit reduziert sie die Gefahr der Gewaltbereitschaft und Radikalisierung von gesellschaftlichen Gruppen, verstärkt hingegen die Legitimation der mit Volksabstimmung getroffenen Entscheidungen.
- Sie fördert das bürgerschaftliche Engagement und den gegenseitigen Respekt und verbessert somit auch die politische Kultur und die Achtung der Bürgerrechte.
- Sie verleiht den BürgerInnen mehr und wirksamere Kontrollrechte gegenüber Parlament und Regierung. Sie verhindert die Bildung einer von der Wählerschaft abgehobenen „politischen Kaste“.
- Sie zwingt die Politiker, ihre Politik zu erläutern und zu rechtfertigen. Die Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen wird erhöht.
- Wenn die direktdemokratischen Verfahren gut geregelt sind, können sie von den BürgerInnen selbst nach Bedarf ausgebaut und angepasst werden.

Die direkte Demokratie wirkt sich auch auf die Wirtschaft eines Landes oder einer Region deutlich positiv aus. Laut einer Studie von Prof. Kirchgässner (Universität St. Gallen) und Prof. Larsfeld (Universität Marburg) sind u.a. folgende Entwicklungen zu beobachten:

- In den Kantonen mit den am besten ausgestalteten Volksrechten liegt das BIP um 15% höher als der Durchschnitt.
- In den Gemeinden, in welchen die BürgerInnen über den Jahreshaushaltsvoranschlag abstimmen können, liegt die Steuerhinterziehung um 30% unter dem Durchschnitt.
- In den Gemeinden mit Finanzreferendum liegen die öffentlichen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung um 10% unter dem Durchschnitt jener Gemeinden, in welchen diese Pflicht nicht besteht.
- In den Gemeinden mit Finanzreferendum liegt die öffentliche Verschuldung um 25% geringer als in den Gemeinden ohne dieses Instrument.
- Wo die direkte Demokratie weiter entwickelt ist, kosten die öffentlichen Dienstleistungen weniger. So ist etwa die Abfallentsorgung in solchen Gemeinden um 20% kostengünstiger.

## **Art. 138 - Verfassungsrevision**

Dieser Artikel regelt die Verfahren zur Änderung der Verfassung Italiens.

Der Vorschlag zur Abänderung des Art. 138 rührt von der Notwendigkeit, die Prinzipien der direkten Demokratie auch auf die Verfahren der Verfassungsrechtsgebung zu übertragen.

Im Unterschied zur Vergangenheit, als die Bevölkerung bei großen politischen



Pressekonferenz zur Vorstellung des Verfassungsgesetzentwurfs des Senators Oskar Peterlini, am 15. Juli 2009 in Rom. Sitzend: Senatorin Donatella Porretti, Sen. O. Peterlini, Senatorin Marilena Adamo; stehend: Thomas Benedikter, Stephan Lausch

Umbrüchen häufig in eine bloße Zuschauerrolle gedrängt wurde und der Prozess der Verfassungsgebung völlig in der Hand der politischen Eliten lag, haben sich die Rahmenbedingungen und die Erwartungen der BürgerInnen wesentlich geändert. Die Selbstverwaltungsrechte, die politische Kultur, der durchschnittliche Bildungsgrad, das Engagement der Menschen und die Bürgerrechte haben das politische Bewusstsein allgemein wesentlich wachsen lassen. Auf allen Ebenen politischer Entscheidungsfindung wollen BürgerInnen heute an der Politik teilhaben können und dies schließt die Regeln des Grundgesetzes der Republik, der Verfassung Italiens, ein.

Die heutige Regelung gesteht den BürgerInnen nur das Recht zu, die von Experten ausgearbeiteten und von Parteien verfügbaren Normen zu ratifizieren, wobei nur bei einer Mehrheit im Parlament von weniger als 2/3 das Recht auf ein bestätigendes Referendum (ohne Quorum) besteht. Außerdem gibt es in der italienischen Rechtsordnung kein Recht der BürgerInnen auf Verfassungsinitiative. Deshalb sieht unser Vorschlag zur Neufassung des Art. 138 vor, dass die souveränen Staatsbürger bei jeder Verfassungsänderung zu Rate gezogen werden müssen, und zwar in Form des obligatorischen bestätigenden Referendums. Darüber hinaus wird das bisher in Italien unbekannte Recht eingeführt, dass auch die Verfassung mit einer Volksinitiative mit Volksabstimmung abgeändert werden kann.



## Nützliche Links:

Der allgemeine Blog zum Volksbegehren "Nullquorum und mehr Demokratie" (Quorum Zero e Più Democrazia): [www.quorumzeropiudemocrazia.it](http://www.quorumzeropiudemocrazia.it)

Die Website des Koordinators des Promotorenkomitees: [www.paolomichelotto.it](http://www.paolomichelotto.it)

Das Diskussionsforum: <http://quorum.forumattivo.it/>

Die Südtiroler INITIATIVE FÜR MEHR DEMOKRATIE: [www.dirdemdi.org](http://www.dirdemdi.org)

Die Initiative "Quorum zero e più democrazia" auf FaceBook:

[http://www.facebook.com/home.php?sk=group\\_116774758409798](http://www.facebook.com/home.php?sk=group_116774758409798)

## Bibliografie:

> Thomas Benedikter – Democrazia Diretta – Più potere ai cittadini, Ed. Sonda, 2008

> Paolo Michelotto – Democrazia dei Cittadini – Troll Libri, 2008; auf: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=37>

> IRI (Istituto Europeo per l'Iniziativa e il Referendum) – Guida alla democrazia diretta – in Svizzera e oltre frontiera – 2010, auf: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=49>

> Verhulst/Nijeboer - Democrazia diretta – 2007 auf: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=38>

> Paolo Ronchi – Una forma di democrazia diretta: l'esperienza del Recall negli Stati Uniti d'America – 2009, auf: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=48>

> International Idea Handbook - Direct Democracy – 2008 Scaricabile qui: [http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/uploads/Direct\\_Democracy\\_IDEA\\_Handbook.pdf](http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/uploads/Direct_Democracy_IDEA_Handbook.pdf)

> A.A.V.V. - Vivere meglio con più democrazia – 2011, auf: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=50>

## Praktisches zur Unterschriftensammlung

für das Volksbegehren zur Verfassungsänderung "Null-Quorum und mehr direkte Demokratie"

### Das Volksbegehren

Das in Art. 71 der italienischen Verfassung vorgesehene Volksbegehren (eigentlich "Gesetzentwurf auf Initiative des Volkes") entspricht im deutschsprachigen Raum und auch in Südtirol (Landesgesetz Nr. 11 vom 18. November 2005 über „Volksbegehren und Volksabstimmungen“) dem Volksbegehren ohne Volksabstimmung. Damit können mindestens 50.000 BürgerInnen mit beglaubigter Unterschrift dem Parlament einen eigenen Entwurf vorlegen, ohne Pflicht zur Behandlung durch das Parlament und ohne Recht auf Volksabstimmung. Auf sämtliche von 1948 bis 2005 vorgelegten italienweiten Volksbegehren hat das Parlament 13% dieser Begehren zumindest teilweise angenommen.

### Ziel

Mit dem Volksbegehren "Null-Quorum und mehr Demokratie" sollen 18 Verfassungsartikel abgeändert werden, um das Beteiligungsquorum abzuschaffen und wirksame, grundlegende Instrumente der direkten Demokratie einzuführen, die sich in vielen Ländern bewährt haben, wie z.B. das bestätigende Referendum, die echte Volksinitiative, die Verfassungsinitiative, aber auch die Abwahl von gewählten Politikern und weitere demokratischen Bürgerrechte.

### Wo und wie kann man unterschreiben?

Das Volksbegehren ist offiziell am 18.2.2012 vorgelegt worden, die Unterschriftensammlung hat am 27.2.2012 begonnen. Bis zum 18. Juli 2012 kann jeder wahlberechtigte Staatsbürger mit einem Ausweis bei seiner Heimatgemeinde während der Öffnungszeiten unterschreiben. Man kann auch bei sporadisch organisierten Unterschriftenständen in vielen Städten Italiens und während politischer Veranstaltungen unterschreiben.

### Wer kann die Unterschriften sammeln und beglaubigen?

Die Unterschriften können von jedem Bürger in seiner Wohnsitzgemeinde gesammelt werden, im Beisein eines Beglaubigers, der vorzugsweise unter folgenden Personen ausgewählt werden soll:

- Bürgermeister/in
- Gemeindeassessor/in
- Präsident/in des Gemeinderats
- Vom Bürgermeister beauftragte/r Beamt/in



- Gemeinderat/rätin, der dem BM seine Bereitschaft schriftlich mitteilt
- Präsident/in oder Vizepräsident/in des Stadtviertelrats.

Die BeglaubigerInnen sind befugt, auf ihrem Gemeindegebiet die Unterschriften aller berechtigten Staatsbürger zu beglaubigen. Dabei sollte man sich auf die Annahme von Unterschriften der BürgerInnen der eigenen Gemeinde beschränken, um nicht die nachträgliche Kontrolle der Unterschriften auf andere Gemeinden ausdehnen zu müssen. Es gibt weitere öffentliche Amtsinhaber, die zur Beglaubigung befugt sind, aber nicht so leicht einbezogen werden können.

## Wie kann man das Volksbegehren unterstützen?

1. Als erstes können Sie all Ihre Freunde und Bekannten einladen, das Volksbegehren zu unterschreiben, am besten durch Weiterleitung dieser Broschüre.
2. Sie können in Ihrer Gemeinde überprüfen, ob die von der INITIATIVE übermittelten Unterschriftenbögen seitens der Gemeindesekretariate ausgelegt worden sind, d.h. ob die Gemeinde die Vorschriften korrekt einhält. Die Unterschrift unter ein Volksbegehren ist ein Bürgerrecht. Bei Regelwidrigkeiten können Sie diese beanstanden und auch die INITIATIVE davon benachrichtigen (Tel. 0471 324987, info@dirdemdi.org).
3. Sie können selbst in Ihrer Wohnsitzgemeinde einen Unterschriftenstand organisieren (auf vidimierten Unterschriftenbögen und im Beisein eines Beglaubigers). Wenn Sie zusammen mit anderen Interesse zum Sammeln von Unterschriften für dieses Volksbegehren haben, können Sie sich bei der INITIATIVE melden.
4. Sie können auch in Ihrer Gemeinde eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema organisieren oder einen Hinweis und eine kurze Vorstellung von Sinn und Zweck dieses Volksbegehrens in den Lokalblättern und Bezirkszeitungen publizieren.

## Wo kann der Vordruck heruntergeladen werden?

Der vom Promotorenkomitee erstellte Vordruck fürs Volksbegehren "Null-Quorum und mehr Demokratie" findet sich auf der Website:

<http://quorum.forumattivo.it/f3-io-mi-impegnero-in-questa-citta>

Er muss auf Format A3, schwarz/weiß, beidseitig bedruckt, ausgedruckt und auf A4 gefaltet werden. jedes einzelne Blatt muss vidimiert werden, i.d.R. durch folgende Amtspersonen:

- Gerichtskanzler/in
- Direktor/in der Gerichtskanzlei
- Beamter/in des Gemeindesekretariats

Wer die Vidimierung in seiner Heimatgemeinde vornimmt, kann damit nur auf dem Gemeindegebiet selbst Unterschriften sammeln seitens aller Wahlberechtigten (empfohlen: nur BürgerInnen der eigenen, betroffenen Gemeinde). Für alle notwendigen Schritte bitte vorher folgende Website konsultieren: VADEMECUM zum Volksbegehren auf: [www.paolomichelotto.it](http://www.paolomichelotto.it)

### **Italienweite Unterschriftensammeltage**

Schon jetzt werden in ganz Italien in vielen Gemeinden Unterschriften gesammelt und in mindestens 125 Städten Unterschriftenstände organisiert. An folgenden Tagen werden in ganz Italien Sammeltage mit Veranstaltungen abgehalten: 14. April, 5. Mai und 2. Juni 2012

Für aktuelle Veranstaltungshinweise kannst du jederzeit die Kampagnenwebsite für Italien [www.quorumzeropiudemocrazia.it](http://www.quorumzeropiudemocrazia.it) und die Website der INITIATIVE für Veranstaltungen in Südtirol konsultieren: [www.dirdemdi.org](http://www.dirdemdi.org)

### **Diesen Aufruf und Infos verbreiten**

Sie können diesen Aufruf an möglichst viele Freunde und Bekannte weiterleiten, mit Angabe des Links, [www.quorumzeropiudemocrazia.it](http://www.quorumzeropiudemocrazia.it), Facebook und Twitter nutzen, und diesen Link auf Ihre persönliche Website setzen oder auf jene eines geeigneten Vereins.

### **Wichtige Websites:**

Allgemein: <http://www.quorumzeropiudemocrazia.it>

Vademecum: <http://www.paolomichelotto.it/>

Vordrucke für die Unterschriftensammlung: <http://quorum.forumattivo.it/f3-io-mi-impegnero-in-questa-citta>

Die INITIATIVE FÜR MEHR DEMOKRATIE: <http://www.dirdemdi.org>

## Vielen Dank für deine/Ihre Unterstützung und Hilfe!

Nachfolgend der Wortlaut des Volksbegehrens zur Verfassungsänderung (proposta di legge costituzionale di iniziativa popolare), der nur auf Italienisch wiedergegeben wird, da er auch als solcher in allen Gemeinden Italiens und somit auch in den Südtiroler Gemeinden unterzeichnet werden kann.





## Disegno di Legge Costituzionale

### **Art. 1 L'articolo 50 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 50. - Tutti i cittadini di età superiore ai 16 anni possono rivolgere petizioni alle Camere per chiedere provvedimenti legislativi o esporre comuni necessità. Le Camere sono tenute a rispondere entro 3 mesi dalla data di presentazione delle stesse.».

### **Art. 2 L'articolo 67 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 67. - Ogni membro del Parlamento rappresenta la Nazione ed esercita le sue funzioni senza vincolo di mandato. I membri del parlamento sono soggetti a revoca. Trascorso un anno del loro mandato, un numero di elettori pari ad almeno il 12% degli aventi diritto al voto del collegio elettorale di pertinenza o almeno all'1% dell'intero corpo elettorale nazionale, può presentare una richiesta di votazione popolare di revoca del mandato. Quando la maggioranza dei votanti si esprime a favore della revoca, il mandato del parlamentare è considerato revocato e deve essere intrapresa un'azione immediata per ricoprire la posizione vacante, con le modalità previste dalla legge.».

### **Art. 3 L'articolo 69 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 69. - I membri del Parlamento ricevono un'indennità determinata dagli elettori al momento del voto.

Gli elettori scelgono nella scheda elettorale un numero intero compreso tra 1 e 10, la cui media aritmetica, ottenuta dalle indicazioni di voto valide arrotondata al primo decimale, viene moltiplicata per il reddito medio pro capite dei cittadini italiani. I membri del Parlamento non ricevono altri trattamenti economici o materiali o prestazioni di beni e servizi, diarie o rimborsi, al di fuori dell'indennità.».

### **Art. 4 L'articolo 70 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 70. - La funzione legislativa è esercitata collettivamente dalle due Camere o dal popolo sovrano ogni qualvolta ne faccia richiesta un numero di elettori stabilito dalla Costituzione.».

### **Art. 5 L'articolo 71 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 71. - L'iniziativa delle leggi appartiene ai cittadini elettori, a ciascun membro delle Camere, al Governo ed agli organi ed enti ai quali sia conferita da legge costituzionale.

I cittadini elettori esercitano l'iniziativa delle leggi mediante la proposta di un progetto redatto in articoli.».

### **Art. 6 L'articolo 73 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 73. - Il popolo può esercitare l'iniziativa delle leggi mediante la proposta di legge di iniziativa popolare a voto parlamentare. I promotori di una legge di iniziativa popolare a voto parlamentare

devono costituirsi in comitato composto da almeno 11 persone aventi diritto di voto.

Il comitato deve rendere conto pubblicamente, con criteri di massima trasparenza, di tutti i movimenti di denaro relativi all'iniziativa, pena la decadenza della stessa. Il numero di firme da raccogliere a sostegno di una legge di iniziativa popolare a voto parlamentare deve essere almeno pari allo 0,1% del numero degli elettori della Camera dei Deputati. Il tempo per la raccolta di firme è di massimo 18 mesi.

Il testo della proposta di legge di iniziativa popolare a voto parlamentare deve essere consegnato alla cancelleria della Camera dei deputati. Una legge di iniziativa popolare a voto parlamentare, in seguito alla raccolta delle firme valide nei tempi prescritti, segue l'iter legislativo previsto dall'articolo 72. Il parlamento deve prendere in esame la proposta di legge di iniziativa popolare a voto parlamentare e votarla nel termine massimo di 12 mesi dalla data di presentazione delle firme alla Cancelleria della Camera dei Deputati. In mancanza di voto parlamentare la legge sarà sottoposta a voto popolare, previa dichiarazione di ammissibilità da parte della Corte Costituzionale.».

### **Art. 7 Dopo l'articolo 73 della Costituzione è inserito il seguente:**

«Art. 73 bis. - Il popolo può esercitare l'iniziativa delle leggi mediante la proposta di legge di iniziativa popolare a voto popolare. I promotori di una legge di iniziativa popolare a voto popolare devono costituirsi in comitato composto da almeno 11 persone aventi diritto di voto. Il comitato deve rendere conto pubblicamente, con criteri di massima trasparenza, di tutti i movimenti di denaro relativi all'iniziativa, pena la decadenza della stessa. Il numero di firme da raccogliere a sostegno di una legge di iniziativa popolare a voto popolare deve essere almeno pari all'1% del numero degli elettori della Camera dei Deputati. Il tempo per la raccolta di firme è di massimo 18 mesi. Il testo della proposta di legge di iniziativa popolare a voto popolare deve essere consegnato alla cancelleria della Camera dei deputati. Una legge di iniziativa popolare a voto popolare, in seguito alla raccolta delle firme valide nei tempi prescritti, segue l'iter legislativo previsto dall'articolo 72. Il parlamento può prendere in esame la proposta di legge di iniziativa popolare a voto popolare. Entrambe le camere hanno il diritto di proporre al comitato di iniziativa popolare a voto popolare emendamenti, nel rispetto dello spirito originario della proposta di legge, che possono essere accettati o rifiutati dal comitato stesso.

In caso che il parlamento approvi la legge con gli eventuali emendamenti accettati dal comitato non si procede al voto popolare. Il parlamento può elaborare una controproposta di legge.

La proposta popolare e la controproposta parlamentare sono sottoposte al voto popolare. Se la legge non è stata approvata dal Parlamento entro 12 mesi dalla presentazione alla Cancelleria della Camera dei Deputati, la legge di iniziativa popolare e l'eventuale controproposta parlamentare, devono essere sottoposte a voto popolare, previa dichiarazione di ammissibilità da parte della Corte Costituzionale, in una data da fissarsi non prima di 14 e non oltre 18 mesi dalla presentazione alla Cancelleria della Camera dei Deputati.

Se esiste una controproposta parlamentare, gli elettori potranno votare a favore della iniziativa popolare o a favore della controproposta parlamentare, oppure contro entrambe. Nel caso che la



proposta e la controproposta raccolgano insieme la maggioranza dei voti, viene approvata l'opzione delle due che ha ottenuto più voti.

Il parlamento non può modificare la legge di iniziativa popolare a voto popolare approvata dai cittadini, per tutta la durata della legislatura nella quale è stata approvata la legge stessa.».

**Art. 8 L'articolo 74 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 74. - È sospesa l'entrata in vigore di una legge o di un atto avente valore di legge, quando lo richieda, entro 10 giorni dall'avvenuta approvazione, un comitato composto da 11 cittadini sostenuto dalle firme di 10.000 elettori o un Consiglio Regionale. In seguito alla richiesta di sospensione è indetto il referendum confermativo se, entro tre mesi dall'avvenuta approvazione in sede parlamentare o governativa della legge o dell'atto avente valore di legge, tale richiesta viene sostenuta dalle firme di almeno l'1% del numero degli elettori della Camera dei Deputati. La proposta di legge sottoposta a referendum confermativo entra comunque in vigore se la richiesta di referendum confermativo non raccoglie il numero minimo di firme in sostegno. Hanno diritto di partecipare al referendum confermativo tutti i cittadini chiamati ad eleggere la Camera dei deputati. La proposta di legge entra in vigore quando la maggioranza dei voti validamente espressi nel referendum confermativo si esprime a favore. La legge determina le modalità di attuazione del referendum confermativo. Si procede obbligatoriamente a referendum confermativo per:

- ogni modifica della Costituzione;
- ogni trattato internazionale che trasferisce diritti di sovranità ad altre organizzazioni;
- le leggi elettorali;
- le leggi sul finanziamento dei partiti e della attività politica;
- i decreti legge entro un anno dalla loro approvazione.».

**Art. 9 Dopo l'articolo 74 della Costituzione è inserito il seguente:**

«Art. 74 bis - È indetto referendum popolare propositivo per deliberare in tutto od in parte una nuova legge od atto avente valore di legge oppure per deliberare la modifica di un analogo provvedimento vigente, quando lo richiedono il 2% degli elettori o 3 Consigli regionali. Hanno diritto di partecipare al referendum tutti i cittadini chiamati ad eleggere la Camera dei deputati. La proposta soggetta a referendum è approvata se è raggiunta la maggioranza dei voti validamente espressi. In caso di esito positivo, il legislatore è tenuto a dare attuazione all'esito del referendum entro 90 giorni dallo spoglio delle schede. Il legislatore non può modificare o derogare il risultato del referendum propositivo prima che siano trascorsi 10 anni dalla sua entrata in vigore. Il risultato del referendum propositivo è modificabile o derogabile da un altro referendum in qualsiasi momento».

**Art. 10 L'articolo 75 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 75. - È indetto referendum popolare per deliberare l'abrogazione, totale o parziale, di una legge o di un atto avente valore di legge, quando lo richiedano almeno l'1% degli elettori o cinque

Consigli regionali. Hanno diritto di partecipare al referendum tutti i cittadini chiamati ad eleggere la Camera dei deputati. La proposta soggetta a referendum è approvata se è raggiunta la maggioranza dei voti validamente espressi. La legge determina le modalità di attuazione del referendum.».

**Art. 11 Dopo l'articolo 75 della Costituzione è inserito il seguente:**

«Art. 75 bis. - Le leggi approvate dal Parlamento sono promulgate dal presidente della repubblica entro un mese dall'approvazione. Se il referendum confermativo popolare dà esito sfavorevole alla legge, essa viene abrogata e non può più essere ripresentata prima di 5 anni. Le leggi sono pubblicate subito dopo la promulgazione ed entrano in vigore il trentesimo giorno successivo alla loro pubblicazione, salvo che le leggi stesse stabiliscano un termine diverso. Le leggi sottoposte a voto popolare entrano in vigore il giorno dopo l'esito favorevole del referendum. Il parlamento non può modificare o eludere l'esito del voto popolare, per tutta la durata della legislatura».

**Art. 12 Dopo l'articolo 75 bis della Costituzione è inserito il seguente:**

«Art. 75 ter. - La raccolta delle firme a sostegno delle richieste di referendum e delle iniziative di legge popolare a livello locale o nazionale, può avvenire su supporto sia cartaceo che elettronico-informatico. Alla certificazione delle firme in forma cartacea sono abilitati, sull'intero territorio nazionale, anche i cittadini che ne fanno richiesta scritta agli uffici preposti dei Comuni o delle Regioni. Essi esercitano una funzione pubblica e sono quindi soggetti alle norme, doveri e responsabilità penali valide per l'esercizio di dette funzioni.

La legge definirà le forme più funzionali ed economiche per consentire le votazioni popolari.».

**Art. 13 Dopo l'articolo 75 ter della Costituzione è inserito il seguente:**

«Art. 75 quater. - Gli strumenti di democrazia diretta sono applicabili a tutta la materia legislativa già di competenza dei rappresentanti eletti dal popolo e non possono in alcun caso configgere né con le disposizioni inderogabili del diritto internazionale, né con i principi della Dichiarazione Universale dei Diritti dell'Uomo, né con il dettato della Convenzione Europea per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali, né con il catalogo dei diritti fondamentali contenuto nei Trattati dell'Unione Europea. Ciascuna proposta di legge o di referendum deve rispettare il principio dell'unità della forma e della materia.».

**Art. 14 Dopo l'articolo 75 quater della Costituzione è inserito il seguente:**

«Art. 75 quinquies. - Viene assicurata la corretta informazione riguardo alle proposte referendarie ed alle iniziative popolari tramite un apposito libretto informativo disponibile entro 3 settimane dalla data del voto. In esso vengono descritti per capitoli: il problema in breve, gli argomenti redatti dal comitato promotore e gli argomenti redatti dalle parti che si oppongono. Tale libretto viene inviato, a cura del ministero dell'interno, ad ogni elettore in forma cartacea ed elettronica, e trasmesso dai media pubblici e privati che ricevano sovvenzioni pubbliche dirette o indirette o che usufruiscano di concessione pubblica.».

**Art. 15 Dopo l'articolo 75 quinquies della Costituzione è inserito il seguente:**

«Art. 75 sexies. - Il comitato dei cittadini costituitosi per un referendum o per una iniziativa o per una petizione, successivamente alla verifica delle firme, può scegliere lo strumento di democrazia diretta da utilizzare, purché i requisiti previsti siano soddisfatti e l'intenzione di voler utilizzare i sopraccitati strumenti di democrazia diretta sia stata indicata nel foglio della raccolta delle firme stesse.».

**Art. 16 Dopo l'articolo 75 sexies della Costituzione è inserito il seguente:**

«Art. 75 septies. - Le Pubbliche Amministrazioni, compatibilmente con le proprie esigenze istituzionali, mettono a disposizione a titolo gratuito le proprie strutture, terreni ed attrezzature idonei ad accogliere i cittadini che intendano incontrarsi, su richiesta ed organizzazione dei comitati promotori Iniziative o Referendum, durante il periodo previsto per la raccolta delle firme e nel mese precedente il voto popolare.».

**Art. 17 L'articolo 118 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 118. - Le funzioni amministrative sono attribuite ai Comuni salvo che, per assicurarne l'esercizio unitario, siano conferite a Province, Città metropolitane, Regioni e Stato, sulla base dei principi di sussidiarietà, differenziazione ed adeguatezza. I Comuni, le Province e le Città metropolitane sono titolari di funzioni amministrative proprie e di quelle conferite con legge statale o regionale, secondo le rispettive competenze. La legge statale disciplina forme di coordinamento fra Stato e Regioni nelle materie di cui alle lettere b) e h) del secondo comma dell'articolo 117, e disciplina inoltre forme di intesa e coordinamento nella materia della tutela dei beni culturali. Stato, Regioni, Città metropolitane, Province e Comuni favoriscono l'autonoma iniziativa dei cittadini, singoli e associati, per lo svolgimento di attività di interesse generale, sulla base del principio di sussidiarietà. Promuovono la partecipazione dei cittadini all'azione politico-legislativa, includendo nei loro statuti i referendum consultivi, confermativi, abrogativi e propositivi, senza quorum di partecipazione, su tutti i temi di competenza dell'ente entro i limiti stabiliti dall'art. 73 quater. Negli statuti di tali enti dovrà anche essere previsto il referendum di revoca degli eletti alle cariche pubbliche, senza quorum di partecipazione.».

**Art. 18 L'articolo 138 della Costituzione è sostituito dal seguente:**

«Art. 138. - Le leggi di revisione della Costituzione e le altre leggi costituzionali sono adottate da ciascuna Camera con due successive deliberazioni ad intervallo non minore di tre mesi e non superiore a sei, e sono approvate a maggioranza assoluta dei componenti di ciascuna Camera nella seconda votazione.

Le leggi stesse sono sottoposte a referendum popolare e non sono promulgate se non sono approvate dalla maggioranza dei voti validi. Il popolo esercita l'iniziativa di revisione della costituzione, mediante la proposta di un progetto redatto in articoli che segue l'iter previsto per le iniziative di legge popolare a voto popolare, con la differenza che il numero di firme da raccogliere a sostegno della stessa deve essere almeno pari al 2% del numero di elettori della Camera dei Deputati.».

## **La partecipazione dei cittadini alla politica si rafforza solo con più democrazia diretta, riformando la Costituzione.**

Caro lettore, gentile lettrice,

in Italia oggi la democrazia diretta, l'insieme dei diritti referendari e di partecipazione alla politica, sta male, cioè è carente e disciplinata male. Perciò si registrano pochissimi tentativi di avvalersi di questi diritti, tantissimi cittadini non ne fanno ricorso perché scoraggiati, altri non ci vanno neanche perché troppo grande è la frustrazione del quorum mancato dopo l'ennesima campagna di boicottaggio. Benché ogni tanto utilizzato, anche con successo come nel giugno 2011, il referendum abrogativo è solo una variante di minor importanza dei due pilastri principali, su cui poggia la democrazia diretta: l'iniziativa popolare – cioè il referendum propositivo – e il referendum confermativo. La possibilità di abrogare una legge ritenuta dannosa è pensata come ultima misura di difesa di cittadini che la Costituente ha voluto concederci, ma è assolutamente troppo poco. Inanzitutto occorre superare il concetto limitativo dei referendum che vale in Italia e che un po' abbiamo interiorizzato tutti. Bisogna andare oltre, dando più spazio alla creatività politica dei cittadini e dando in mano più strumenti di controllo nei confronti dei rappresentanti.

Per superare questo approccio limitativo occorre fare proposte concrete attingendo a modelli e esperienze già esistenti, e sfruttare gli spazi giuridici già in vigore. Proprio questo l'ha fatto il gruppo promotore "Quorum Zero". Oltre all'esperienza più che secolare raccolta in altri paesi come la Svizzera e la California, ci sono esempi di Regioni italiane che hanno introdotto il referendum propositivo, anche se regolamentate male, altre Regioni si sono dotate di nuovi sistemi di partecipazione come la Toscana e l'Emilia Romagna; ci sono Comuni che hanno abolito il quorum, altri che sperimentano con il bilancio partecipativo. Tutto questo è troppo poco, perché i margini offerti dalla Costituzione per le riforme sono stretti. È assolutamente necessaria una riforma a livello nazionale e alle norme fondamentali. Bisogna mettere mano alla Costituzione, introducendo il referendum confermativo e l'iniziativa popolare e abolendo il quorum, dando ai cittadini il diritto alla revoca e alla determinazione della remunerazione dei parlamentari. Oggi il referendum non può più limitarsi ad essere uno strumento di difesa in casi estremi, ma servono come funzione di controllo e di stimolo nei confronti dei rappresentanti politici. Occorre premere sul Parlamento affinché la Costituzione vada integrata con una visione della democrazia diretta più



consona ai tempi moderni e al cittadini del 21° secolo. Con la proposta di legge costituzionale "Quorum Zero e più Democrazia" - oltre al dialogo diretto con politici e forze politiche aperte - giustamente si cerca di cogliere le opportunità che la Costituzione offre per spronare il Parlamento.

L'Iniziativa per più democrazia sudtirolese con la sua attività a partire del 1995 in una certa misura in Italia ha fatto da apristrada per tali diritti democratici, e tuttora siamo costretti a lottare per ottenere un suo regolamento decente per la nostra provincia autonoma. Nell'estate 2009 abbiamo sostenuto il senatore On. Oskar Peterlini ad elaborare e proporre un disegno di legge costituzionale per riformare a fondo i diritti referendari, disegno tuttora sul tavolo della Commissione affari costituzionale. Poi abbiamo partecipato alla "Settimana della democrazia diretta nazionale" di fine maggio 2011. Con le nostre proposte ci siamo perfino rivolti al Presidente della Repubblica, sollecitando un suo intervento per far rispettare l'art. 118 della Costituzione. Sin dall'inizio abbiamo appoggiato gli sforzi del gruppo promotore per elaborare questa proposta di legge popolare "Quorum Zero", coordinata da Paolo Michelotto, soprattutto attraverso l'impegno del nostro collaboratore Thomas Benedikter. Ora si tratta di farne una grande occasione di sensibilizzazione sui nostri diritti democratici e di pressione sul Parlamento.

Con questo opuscolo vogliamo trasmettere le illustrazioni del comitato promotore su questa grande riforma dei diritti referendari in forma bilingue a tutti i cittadini della provincia di Bolzano, scusandoci con i concittadini ladini per la mancanza della versione ladina. Dato che in Sudtirolo il terreno è già fertile per la democrazia diretta e ampi strati della popolazione si sono già attivamente schierati a favore di tali diritti in un referendum propositivo provinciale svolto nel 2009, auspichiamo che siano migliaia i firmatari della proposta di legge di iniziativa popolare. Rammentiamo di recarsi nelle segreterie comunali, muniti di carta d'Identità, prima possibile, comunque non oltre la prima settimana di luglio. Ringraziamo anche per l'ulteriore diffusione del presente opuscolo nel Suo giro.

Che sia anche questa campagna un contributo alla riforma urgente della democrazia italiana.

Per l'*Iniziativa per più democrazia*

Stephan Lausch, coordinatore

Otto von Aufschnaiter, presidente

Bolzano, aprile 2012



## Iniziativa Quorum Zero e Più Democrazia

Disegno di Legge Costituzionale d’iniziativa popolare, a norma dell’articolo 71, secondo comma, della Costituzione e degli articoli 48 e 49 della legge 25 Maggio 1970, n. 352

Modifiche alla Costituzione Parte I Titolo IV sulla petizione, Parte II Titolo I sugli strumenti di democrazia diretta, Parte II Titolo V sugli strumenti di democrazia diretta negli enti locali, Parte II Titolo VI, strumenti di democrazia diretta per la revisione della Costituzione.

“Noi siamo tutti nello stesso momento privati cittadini e pubblici impiegati; per noi l’uomo che evita di essere coinvolto negli affari dello stato non è semplicemente qualcuno che pensa agli affari suoi, ma un cittadino inutile. Se pochi di noi sono capaci di dare vita a una politica, siamo tutti capaci di giudicarla.”

Pericle, Elogio della democrazia - dalle Storie di Tucidide

## Perché modificare la Costituzione?

In un momento storico molto delicato sia dal punto di vista economico (a causa della crisi che affligge tutta l’Europa) sia dal punto di vista socio-culturale (per le forti spinte dal basso che richiedono una maggiore partecipazione da parte della cittadinanza), con la proposta di legge di iniziativa popolare illustrata di seguito ci proponiamo di eliminare un monopolio: quello del potere legislativo detenuto da una ristretta cerchia di persone organizzate in un gruppo ancora più ristretto di gruppi di potere.

Tale monopolio non è previsto nella nostra Costituzione. Al contrario, essa prevede la possibilità che siano anche i cittadini a proporre leggi, quelle dette “di iniziativa popolare”. Questa possibilità è però vanificata dai regolamenti di





Camera e Senato. Ci accingiamo pertanto a lanciare una proposta di legge per modificare la Costituzione Italiana, affinché il dettame costituzionale che, con la sua chiara impronta democratica nega l'esistenza di un monopolio del potere legislativo, possa finalmente avere effettiva applicazione. Intendiamo quindi estendere i diritti referendari, abolire il quorum, introdurre la revoca degli eletti e assicurare ai cittadini, conformemente con quanto previsto dalla Costituzione, la possibilità di proporre leggi. Per questo proponiamo che oltre alle leggi ad iniziativa popolare a voto parlamentare siano introdotte anche quelle a voto popolare, e che quando il parlamento per varie ragioni non prenda in esame una legge di iniziativa popolare questa passi al voto popolare. In poche parole intendiamo rafforzare, nel nostro sistema costituzionale, l'esercizio del potere politico da parte del popolo sovrano, e cioè la democrazia diretta.

Oltre che sulla democrazia, questa forma di 'liberalizzazione' avrà di certo un impatto importante anche sull'economia del nostro paese. La stabilità della finanza pubblica, il controllo di una classe politica, altrimenti sempre più chiusa e meno rappresentativa del paese e dei suoi interessi, la maggior responsabilizzazione dei rappresentanti politici, passa attraverso un deciso rafforzamento del potere decisionale dei cittadini.

L'unico modo per ottenerlo sono le iniziative di legge popolari, gli strumenti referendari deliberativi e senza quorum. È per raggiungere tale obiettivo che un gruppo di cittadini, da tempo impegnati in liste civiche di varie regioni e in associazioni che promuovono gli strumenti di democrazia diretta, si sono riuniti per elaborare alcune proposte di modifica della Costituzione.

Per fare assurgere l'attuale democrazia italiana a un nuovo status, qualitativamente migliore, e più completo, e per attuare finalmente appieno lo spirito della Costituzione, bisogna mettere mano alla Costituzione stessa, adeguare i diritti di partecipazione dei cittadini alle esigenze del paese e dell'attuale periodo storico. La Costituzione ha alcune lacune che hanno finito per permettere a banali regolamenti parlamentari di intaccare il suo chiaro spirito democratico e di frustrare il desiderio e la necessità di coinvolgimento dei cittadini nella 'res publica'. Essa, inoltre, contiene anche qualche contraddizione dato che da una parte invita gli enti pubblici a promuovere l'autonoma iniziativa dei cittadini all'impegno per il bene comune (art. 118) e dall'altra, attraverso il quorum di partecipazione (art.75), istituzionalizza le campagne di boicottaggio di un diritto fondamentale. Oltre all'abolizione di questo ostacolo e all'introduzione degli strumenti referendari e di iniziativa più importanti, al Parlamento spetterà il compito di ridisegnare le regole di applicazione in chiave democratica, sostituendo l'attuale legge n. 352 del 1970.



Quindi ricorriamo allo strumento della proposta di legge di iniziativa popolare, prevista dall'art.71, che è pure un esempio di uno strumento di partecipazione estremamente chiaro e significativo dell'intenzione democratica della nostra Costituzione, sebbene troppo debole, perché non legato ad una votazione popolare vincolante e aggirato da un regolamento interno delle camere che impone la discussione delle leggi di iniziativa popolare dopo le leggi di iniziativa parlamentare. E questo è il motivo per cui la maggior parte delle proposte popolari di questo tipo, talvolta firmate da centinaia di migliaia di cittadini, sono finite in un cassetto parlamentare senza essere nemmeno discusse. Ed è questo uno dei motivi per cui intendiamo far conoscere a tutto il popolo italiano le varie istituzioni della democrazia diretta, lo strumento democratico di cui il Paese ha bisogno.

## **Quali sono le ragioni principali della nostra iniziativa?**

Rafforzando i diritti di iniziativa e referendari, le norme proposte avranno l'effetto di realizzare un effettivo controllo democratico da parte dei cittadini sulla politica rappresentativa, attribuendo loro un nuovo e più attivo ruolo e instaurando un rapporto più corretto fra partiti, istituzioni e cittadini. Di quali diritti si tratta?

- dell'iniziativa popolare non più solo a voto parlamentare ma anche a voto



popolare e del referendum propositivo;

- del referendum confermativo (che oggi esiste solo per le modifiche costituzionali in determinate condizioni);
- del diritto di revoca;
- del referendum obbligatorio, che impone la ratifica popolare di decisioni nelle quali i rappresentanti sarebbero chiamati a legiferare su loro stessi e sulle loro prerogative (es. leggi elettorali, relazioni tra parlamentari e magistratura).

Questi strumenti vengono illustrati più estesamente nella parte descrittiva della nostra proposta di legge costituzionale. Per quanto riguarda le regole di applicazione si evidenzia la necessità di togliere il quorum di partecipazione. Questa norma va sostituita dal principio: 'Chi si reca alle urne decide; chi sta a casa, delega coscientemente la decisione ai suoi concittadini' (per cui in una votazione popolare deve decidere chi vota, e non chi si astiene o non si interessa al quesito posto). È questa una delle regole di fondo che fanno funzionare bene la democrazia diretta nei paesi con lunga esperienza positiva con questi meccanismi. Togliendo il quorum si abolirebbe il meccanismo che non solo ha fatto naufragare dozzine di referendum nazionali fra il 1997 ed il 2009, ma ha anche svilito agli occhi della popolazione questo importante strumento di partecipazione.

Si constata che la presenza del quorum distorce il sistema democratico. Un efficace sistema di informazione, libera ed imparziale, sui contenuti referendari o delle iniziative permette ai cittadini di esprimersi in modo cosciente e competente ed indipendentemente dalla pressione dei media.

Sono raccomandate forme più moderne e agili di raccolta delle firme, in linea con quanto dovrà essere ratificato anche dall'Italia per l'Iniziativa dei Cittadini Europei. Occorre consentire la firma sia cartacea che elettronica. Ci vorranno, inoltre, dei regolamenti più chiari e impegnativi per lo Stato sul diritto all'informazione del cittadino durante la campagna referendaria.

Per quanto riguarda gli strumenti di iniziativa e referendari, nel futuro sistema integrato di democrazia rappresentativa e diretta, quelli preferiti saranno l'iniziativa popolare e il referendum confermativo.

Nella nostra proposta non abbiamo abolito il referendum abrogativo. Non perché ci fosse tanto caro o perché fosse così importante, ma perché fa parte della memoria storica degli italiani degli ultimi 37 anni, perché è una pratica entrata nelle abitudini politiche e forse anche perché l'Italia ha un sacco di leggi che aspettano solo di essere abrogate.

## Alcune ragioni per togliere il quorum

1. I sostenitori del NO vincono facilmente poiché hanno a disposizione due mezzi di persuasione: la campagna per il "no" (dispendiosa) e quella per l'astensionismo (più economica) per fare in modo che il quorum non venga raggiunto e il referendum venga invalidato. Con l'abolizione del quorum l'astensione peserebbe - in egual misura - sia per i favorevoli che per i contrari e avrebbe funzione di delega.
2. I sostenitori del SI partono già svantaggiati considerando che i referendum originano (normalmente) dall'insorgenza dei cittadini verso una decisione degli amministratori e che questi ultimi hanno maggiore disponibilità di denaro, tempo, interessi, capacità ed attenzioni mediatiche per perorare la loro causa, il quorum rappresenta un'ulteriore ostacolo all'espressione dei cittadini.
3. Il quorum è un bastone tra le ruote della democrazia in quanto permette ai detentori del potere di tutelarsi dal controllo dei cittadini invalidando i loro processi decisionali.
4. Il quorum causa meno dibattito e meno informazione poiché costringe i sostenitori del "sì" e del "no" a veicolare i propri sforzi al superamento - o al non superamento - del quorum, relegando in secondo piano la possibilità di un approfondimento della tematica trattata e lo stimolo dell'impegno civico.
5. Il quorum è un premio a chi non partecipa. Considerando che l'incitazione all'astensionismo è un'arma a favore dei sostenitori del "no", coloro che impegnano il proprio tempo, energie e volontà per informarsi sul tema del quesito referendario vengono penalizzati se il referendum viene invalidato da cittadini astenuti che non hanno impegnato nessuna energia in merito.
6. Il voto è segreto ma: considerando l'alto numero di SI nei referendum passati ci sono buone probabilità di supporre che un votante possa essere identificato come un elettore del SI. L'eliminazione del quorum vedrebbe drasticamente l'innalzarsi della percentuale dei NO con conseguente diminuzione delle probabilità di capire quale voto esprima l'elettore.
7. Il quorum causa l'allontanamento delle persone dal voto. L'abolizione del quorum - rendendo valida qualsiasi procedura decisionale - stimola i cittadini a presentarsi alle urne, sia per revocare una decisione degli amministratori, sia per sostenerla.
8. Il quorum non viene applicato in maniera equa, in quanto non è presente nei processi elettorali. Infatti, se il quorum fosse presente anche nelle elezioni, molte sarebbero state invalidate.
9. I cittadini non vogliono il quorum quando sono loro stessi a richiedere gli strumenti democratici. Quando invece tali strumenti sono concessi dagli amministratori questi si tutelano creando vincoli aggiuntivi, come il quorum.



10. I cittadini valgono quanto gli eletti. Ai referenda il risultato minimo di partecipazione è stato del 23% cioè di circa 10 milioni di persone. Vale di più la decisione presa da un migliaio di persone elette o quella di dieci milioni di persone che spontaneamente si recano alle urne?

## I singoli articoli - Le nostre proposte di modifica

### **Art. 50 – Petizione**

L'articolo 50 della Costituzione Italiana prevede attualmente che i cittadini possano chiedere alle Camere provvedimenti legislativi, o portare all'attenzione delle autorità una necessità di ordine generale, per ottenere una risposta dalle Camere stesse.

È una delle forme costituzionali previste per l'espressione della volontà dei cittadini non eletti. Benché sia un diritto/strumento di Democrazia Diretta dei cittadini sovrani, dopo 63 anni dalla nascita della Costituzione Italiana, l'articolo 50 non è ancora stato regolamentato con relativa legge attuativa. Dunque, l'esercizio di tale diritto costituzionale, non prevedendo un tempo di risposta, è di fatto privo di valore, reso inefficace o addirittura negato.

Si è pensato così di definire il tempo, 3 mesi dalla data di presentazione entro il quale il ricevente debba fornire risposta, ed estendere la partecipazione ai cittadini con età maggiore di 16 anni.

### **Art. 67 – Mandato e Revoca**

L'articolo 67 della Costituzione - attualmente in vigore - si occupa del mandato dei membri del parlamento. Proponiamo di aggiungere l'introduzione dello strumento della revoca. La revoca ("recall" nei paesi di lingua inglese) è lo strumento democratico che permette agli elettori di allontanare e sostituire un amministratore eletto. Essa è presente negli USA a livello locale e statale, in Venezuela a tutti i livelli, in Bolivia a tutti i livelli, in Canada - nella provincia del British Columbia, in Svizzera - a livello cantonale dove è prevista solo la revoca collettiva dell'intero parlamento o governo cantonale, in Argentina a livello provinciale. La maggioranza degli stati USA - almeno 36 - permettono la revoca a livello locale, 18 su 50 la permettono a livello statale.

Fino al 1989 si sono tenute negli USA dalle 4000 alle 5000 votazioni di revoca. Studiando queste votazioni si è visto che circa il 50% riescono ad ottenere la rimozione di almeno qualcuno degli eletti e circa 1/3 delle campagne di revoca sono contro più di una persona. Inoltre si è visto che la revoca non è lo strumento

di una parte politica: viene utilizzata con la stessa frequenza contro eletti di tutti gli schieramenti. Tra le cause più ricorrenti ci sono: corruzione, comportamenti stravaganti, mancanza di ascolto delle istanze dei cittadini. A Los Angeles, dove si sono tenute più di 45 votazioni di questo tipo, si è visto che i cittadini tendono a rifiutare un uso politico dello strumento da parte di candidati sconfitti o per ambizioni personali. Invece danno il loro appoggio alle revoche per motivi di corruzione o cattiva amministrazione. La revoca richiede una petizione, ossia una domanda fatta per iscritto accompagnata da una raccolta di un definito numero di firme. Questo numero è generalmente più elevato di quello necessario per far partire una iniziativa o un referendum.

Alcune considerazioni che ci hanno spinto a introdurre la revoca nel nostro progetto di legge:

- permette una continua verifica degli eletti e quindi gli elettori non devono aspettare fino all'elezione successiva per sbarazzarsi di amministratori incompetenti, disonesti o irresponsabili. La revoca aiuta l'amministratore a conservare una mentalità da candidato. Con la spada di Damocle di una revoca potenziale sulla sua testa, gli eletti rimangono attenti, meno inclini a fare scorrettezze e pronti a rispondere alle esigenze dei cittadini. È un modo per ricordare agli eletti che sono dei dipendenti, degli agenti dei cittadini, non i loro superiori;
- riduce il potere di chi finanzia i candidati;
- fornisce al cittadino una ragione per rimanere aggiornato sulla condotta dell'eletto e su come vengano affrontati i problemi. Spinge i cittadini verso l'impegno anziché verso la frustrazione, la demoralizzazione e l'apatia;
- offre una valvola di sfogo per sentimenti molto intensi. Anche se nell'immediato la revoca crea divisione e polarizzazione, in realtà permette ai conflitti di essere affrontati in tempi rapidi e risolti prima che degenerino;
- è una alternativa molto efficace all'impeachment, strumento in mano al legislatore e per questo molto più lento e a volte estremamente difficile da attivare, specie a livello locale;
- l'alto numero di firme necessarie e il tempo necessario per iniziare la procedura, sono una barriera efficace perché questo strumento sia usato in maniera ponderata e con l'appoggio di una buona parte degli elettori.

A causa della complessità con cui vengono scelti i membri del Parlamento italiano e il cambiamento frequente delle leggi elettorali, abbiamo pensato di permettere l'inizio dell'azione di revoca con due metodi:

1. mediante la raccolta del 12% delle firme degli aventi diritto al voto del collegio elettorale di pertinenza (ma non tutti i membri del parlamento provengono da un collegio elettorale. Qualcuno entra con il calcolo dei resti, qualcuno viene



nominato dal Presidente della Repubblica, e qualcuno è l'ex-Presidente della Repubblica). Questa percentuale è quella prevista attualmente ad esempio in California;

2. mediante la raccolta dell'1% delle firme dell'intero corpo elettorale nazionale. Questa cifra - oggi circa 500.000 firme - è un numero enorme per un singolo membro del Parlamento e serve nei casi di estrema indignazione e mobilitazione nazionale e nei casi in cui non si possa applicare il primo metodo.

Come per tutti gli strumenti da noi proposti, non è previsto alcun quorum. Chi va a votare decide e la scelta più votata vince. La revoca ha azione immediata e lasciamo al Parlamento facoltà di regolamentare come dovrà essere ricoperta la posizione vacante. Nell'articolo 118 di questa stessa proposta di legge chiediamo che questo strumento sia introdotto anche a livello locale. Abbiamo considerato anche l'opportunità di introdurre la Revoca collettiva su esempio dei Cantoni Svizzeri, ma ha prevalso l'opinione che la Revoca individuale su esempio nord e sud americano fosse sufficiente in questa prima fase. In futuro, con gli strumenti previsti in questo progetto di legge i cittadini italiani potranno, se lo desidereranno, introdurre anche la Revoca collettiva dell'intero Parlamento e Governo come nell'esempio Svizzero.

## **Art. 69 – Indennità dei membri del Parlamento**

L'attuale articolo 69 della Costituzione Italiana, stabilisce che l'indennità dei parlamentari sia stabilita per legge. Inoltre non viene menzionato l'importo degli eventuali trattamenti economici. L'articolo 69 proposto, prevede che siano gli elettori, in fase di consultazione, ad indicare quanto percepiranno i parlamentari che li rappresenteranno, agganciando l'indennità ricevuta al reddito medio della popolazione italiana ed escludendo qualsiasi altra forma di retribuzione. In pratica, il calcolo verrà eseguito con questa modalità:

- viene determinato il reddito annuo medio pro capite dei cittadini italiani da un ente certificatore riconosciuto, che potrebbe essere l'Istat; ad esempio nel 2011 è stato di 22.000€ al 03/09/2011 - (fonte Il Sole 24 Ore - <http://www.ilsole24ore.com/art/norme-etributi/2011-09-03/acli-inflazione-mangia-red-diti-110431.shtml?uuid=AasCDD1D>)
- al momento del voto, l'elettore avrà la possibilità di scegliere il moltiplicatore che, a suo giudizio, dovrà essere applicato al reddito pro capite;
- al termine dello spoglio verrà eseguita una media di tutti i moltiplicatori indicati dagli elettori arrotondato al primo decimale; supponiamo si ottenga il valore di 3,456; il moltiplicatore calcolato sarà 3,5;
- l'indennità percepita da ogni singolo parlamentare sarà così calcolata nel nostro esempio:  $22.000\text{€} \times 3,5 = 77.000\text{€}$



Conferenza stampa dell'Iniziativa a Bolzano, settembre 2009

Rappresentare gli elettori torna ad essere un servizio alla collettività e non l'acquisizione di privilegi.

## **Art. 70 - Funzione Legislativa**

### **Art. 71 – Iniziativa delle Leggi**

È evidente che l'intero impianto della proposta vuole dare un senso compiuto all'accezione del termine "Partecipazione dei Cittadini". Le modifiche degli articoli 70 "Funzione legislativa" e 71 "Iniziativa delle leggi" vogliono offrire l'opportunità al popolo di legiferare.

In particolare l'emendamento dell'articolo 70 prevede per l'appunto l'inserimento delle parole "popolo sovrano". Volutamente si aggiunge l'aggettivo a sottolineare la priorità dell'intera comunità anche sugli eletti che comunque rimangono singoli cittadini.

Nuovamente l'articolo 71 mette i cittadini elettori alla pari con le diverse Organizzazioni previste dalla Costituzione circa l'iniziativa delle leggi. Si vuole dare valore anche allo "sprovveduto" che con la sua fantasia può avere un'idea che incontrerà i favori della collettività.

## **Art. 73 – Iniziativa di legge popolare a voto parlamentare**

### **Art. 73 bis – Iniziativa di legge popolare a voto popolare**

Le leggi di iniziativa popolare esistono già nell'ordinamento costituzionale e





legislativo italiano. I costituenti hanno giudicato negativamente il fatto di limitare ai soli rappresentanti l'iniziativa legislativa. Pur nelle differenze culturali, regionali e di opinione i rappresentanti eletti sono infatti tutti appartenenti ad una unica e medesima categoria di persone. Si tratta di quella categoria definita dal sociologo Max Weber dei «politici di professione», definizione largamente accettata nella sociologia politica contemporanea.

Per questo i costituenti hanno ritenuto opportuno non limitare il diritto di iniziativa popolare ad una sola categoria di persone ma lo hanno allargato a tutti gli elettori. Il medesimo strumento è stato introdotto, più di recente, anche nell'ordinamento comunitario europeo (Iniziativa dei Cittadini Europei, ICE).

Se le leggi di iniziativa popolare non esistessero, esisterebbe una sorta di monopolio del potere legislativo nelle mani di un gruppo di persone limitato e sostanzialmente omogeneo. Sino ad oggi lo strumento democratico delle leggi di iniziativa popolare, è vanificato da un banale regolamento parlamentare che si frappone alla applicazione di un dettato costituzionale. Il regolamento in questione in pratica attribuisce alle leggi di iniziativa parlamentare la precedenza sulle leggi di iniziativa popolare. Queste seconde raramente hanno avuto la possibilità di essere calendarizzate per il dibattito parlamentare.

Con la nostra proposta il diritto dei cittadini a esercitare il potere legislativo viene di fatto garantito. È opportuno notare che nonostante questo inconveniente di cui i cittadini sono perfettamente coscienti, lo strumento delle leggi di iniziativa popolare a voto parlamentare non è affatto in disuso. Al contrario, gruppi di cittadini si attivano e continuano sempre più ad attivarsi: raccolgono firme e depositano leggi di iniziativa popolare.

Il nuovo testo dell'articolo 73, rende finalmente applicabile lo spirito e l'intenzione del dettato costituzionale. Non sarà più possibile vanificare le leggi di iniziativa popolare a voto parlamentare, in quanto se esse non dovessero essere prese in considerazione, dopo un certo tempo passerebbero al voto popolare.

L'articolo 73 bis è il logico complemento ed estensione di questo principio, perfettamente in sintonia con il dettato costituzionale. I cittadini, detentori della sovranità, hanno il diritto anche al voto delle leggi di loro iniziativa. In questo caso il parlamento, se lo ritiene opportuno, può redigere una controproposta. Entrambe, proposta e controproposta, vengono sottoposte al voto popolare. Va sottolineato che questo strumento, già esistente in diversi paesi democratici del mondo non è affatto in contrapposizione con il sistema di democrazia rappresentativa, ma ne rappresenta un importante complemento.

Un elemento essenziale per l'uso di questi strumenti democratici è l'informazione sulle proposte che deve essere libera ed indipendente. Il tema è affrontato in altri punti della nostra proposta: 75 quinquies «Libretto informativo».

## **Art. 74 - Referendum confermativo e obbligatorio**

Con l'articolo 74 chiediamo che venga introdotto anche in Italia il referendum confermativo, sull'esempio del referendum opzionale che esiste in Svizzera dal 1874. Ossia chiediamo che ogni legge elaborata dal parlamento, se i cittadini lo desiderano (con regole precise e adeguato numero di firme), possa essere posta a votazione di tutta la cittadinanza. Solo se i cittadini confermano con il loro voto allora la legge entra in vigore. Il referendum confermativo dal punto di vista delle autorità è uno strumento particolarmente insidioso. Come esempio alcuni dati. Dalla sua introduzione a livello federale in Svizzera nel 1874 a fine 2004, si sono tenuti 151 referendum opzionali. In 78 occasioni i cittadini hanno bocciato la proposta del parlamento, il 51,65%. I temi trattati sono stati i più vari: dagli accordi con la UE, all'impiego dei soldati svizzeri in missioni all'estero, dalla riforma dell'esercito alla privatizzazione del mercato dell'energia. Ma ciò non significa che l'attività del parlamento sia stata bloccata. Dal 1874 al 2004 il parlamento ha approvato 2200 leggi. Di queste solo il 3,5% sono state poste a referendum. Ciò vuol dire che il 96,5% delle volte i cittadini hanno giudicato le leggi delle autorità sufficientemente buone da non essere poste a referendum opzionale.

Nella nostra proposta, indichiamo che per permettere l'utilizzo di questo strumento, è necessario che entro 10 giorni dall'approvazione della legge da parte del Parlamento si formi un comitato di 11 cittadini, che raccolga 10.000 firme. Questo sospende la promulgazione della legge e permette al comitato di ottenere 3 mesi di tempo per raccogliere almeno l'1% - oggi circa 500.000 - delle firme dell'elettorato. Se questo traguardo viene raggiunto allora la legge va posta a referendum e tutto l'elettorato ha la facoltà di esprimersi al riguardo con un voto a favore o contro. Senza quorum di partecipazione, chi va a votare sceglie e l'opzione più votata decide.

Inoltre sempre su esempio Svizzero, abbiamo deciso che alcune fondamentali decisioni per il paese e per il suo funzionamento democratico, vengano obbligatoriamente poste a referendum, senza necessità che i cittadini si attivino con la raccolta firme. Esse sono:

1. qualsiasi modifica alla Costituzione.
2. ogni trattato internazionale che trasferisce diritti di sovranità ad altre organizzazioni;
3. le leggi elettorali;
4. le leggi sul finanziamento dei partiti e della attività politica;
5. i decreti legge entro un anno dalla loro approvazione.

Il primo punto differisce dalla situazione attuale perché oggi maggioranze dei 2/3 del parlamento impediscono ai cittadini di esprimersi. Noi chiediamo



Più potere ai cittadini e alle cittadine con un semplice atto di voto.

invece che qualsiasi cambiamento alla Costituzione debba essere approvata dai cittadini. Perché la Costituzione è la legge fondamentale che deve assolutamente rispecchiare la volontà dei cittadini, che può essere ben diversa da quella dei loro rappresentanti.

Il secondo punto è fondamentale per permettere ai cittadini di essere i veri titolari del potere democratico e non lasciare che organismi sovranazionali, spesso non eletti e non democratici possano imporre decisioni.

Il terzo punto riguarda le leggi elettorali. Esse possono differire enormemente e a seconda di come sono costruite favorire la democrazia o soffocarla. Per questo è necessario che siano condivise dalla maggioranza dei cittadini.

Il quarto punto riguarda il finanziamento dei partiti. Quando i parlamentari esprimono il loro voto sul finanziamento dei partiti, da cui essi sono scelti e nominati, sono in clamoroso conflitto d'interessi e favoriscono l'interesse dei partiti anche quando va a discapito del bene comune. Per questo ogni decisione su questo argomento deve essere approvata dai cittadini tramite referendum.

Il quinto punto riguarda i decreti legge. Per il loro carattere d'urgenza essi devono entrare in vigore subito. Ma bisogna evitare abusi, come accaduto in Svizzera nei primi decenni dopo il secondo conflitto mondiale dove il Parlamento legiferava quasi sempre con leggi a carattere d'urgenza per evitare il referendum opzionale. Poi negli anni '50 con una iniziativa popolare i cittadini svizzeri hanno posto fine a questo abuso, votando una proposta che permetteva alla legge urgente di entrare subito in vigore, ma rendendo obbligatoria la votazione popolare su ogni legge urgente entro un anno dalla sua introduzione. E questa

modifica ha fatto scendere bruscamente le leggi a carattere d'urgenza quasi a livello zero, a dimostrazione che esse erano etichettate urgenti anche quando non lo erano per fargli evitare il pericolo dei referendum opzionali. Grazie a questo esempio abbiamo ritenuto necessario introdurre in questa proposta il concetto che ogni decreto legge entra subito in vigore, ma entro un anno deve essere obbligatoriamente approvato con referendum.

### **Art. 74 bis – Referendum Propositivo**

Con l'articolo 74 bis introduciamo a livello nazionale il referendum propositivo. Esso è già presente nello Statuto di alcuni enti locali (Comuni, Provincie e Regioni). Questo strumento permette ai cittadini, previa raccolta di circa 1 milione di firme (il 2% dell'elettorato) di mettere al voto popolare una proposta elaborata dal comitato promotore. È uno strumento esistente in decine di stati degli USA, tra cui la California e l'Oregon, e lì chiamato Iniziativa. Il referendum propositivo ha importanti differenze con l'iniziativa popolare a voto popolare che abbiamo introdotto nell'art. 73 bis:

- richiede il doppio delle firme per la sua attivazione, il 2% contro l'1% della iniziativa popolare a voto popolare (il referendum propositivo è quindi molto più difficoltoso e richiede una mobilitazione di energie molto maggiore della iniziativa popolare a voto popolare);
- il quesito non viene discusso in parlamento, ma va direttamente al voto popolare;
- il tempo per raggiungere l'esito finale è molto più breve (mesi non anni);
- non è prevista la possibilità di una controproposta parlamentare;
- anche questo referendum come tutti gli altri di cui chiediamo l'introduzione non prevede quorum per la sua validità. Chi si reca a votare decide.

Dopo il voto, in caso di esito positivo della votazione, al legislatore è lasciato un tempo di 90 giorni per dare attuazione al risultato del referendum. Non si poteva pretendere l'immediata attuazione, perché il referendum propositivo può deliberare in parte o completamente una nuova legge. Quindi può essere necessario uno stretto tempo tecnico per trasformare la volontà dei cittadini in legge, e armonizzare tutte quelle correlate. Abbiamo inoltre indicato che per 10 anni il legislatore non possa cambiare la norma. Mentre un referendum a votazione popolare (ossia i cittadini) può cambiarla in qualsiasi momento.

### **Art. 75 - Referendum abrogativo**

L'articolo 75 della Costituzione Italiana prevede:

- al comma 1 che 500.000 elettori possano richiedere l'indizione di un referendum;
- al comma 2 che alcune materie non siano soggette a referendum;



- al comma 4 che la proposta soggetta a referendum sia valida solo se ha partecipato alla votazione la maggioranza degli aventi diritto;
- al comma 5 si evince che il legislatore doveva poi stabilire per legge le modalità del referendum, avvenute con legge 352 del 1970 che ha limitato il diritto/potere dei cittadini imponendo l'autenticità delle firme richieste per indire referendum da consegnarsi in soli 3 mesi.

Dal 1995 gli ultimi 24 referenda, precedenti all'ultimo referendum del giugno 2011, sono stati tutti invalidati per il mancato raggiungimento del quorum, 50%+1 degli aventi diritto, con conseguente spreco di denaro pubblico. Ecco allora che la nostra proposta prevede nell'art. 75 l'azzeramento del quorum, sul principio che conta solo chi vota, e che tutte le materie siano referendabili, come accade oggi in Svizzera, Baviera, California.

### **Art. 75 bis - Promulgazione leggi e risultati referendum**

Un particolare riguardo si è dedicato all'art. 75 bis, promulgazioni leggi e risultato del referendum confermativo, dove si propone di impedire che una legge abrogata con referendum confermativo possa essere ripresentata prima di 5 anni.

### **Art. 75 ter - Firme elettroniche e cittadini autenticatori**

Nell'art.75 ter proponiamo che le firme possano essere raccolte su supporto cartaceo e/o elettronico, come sarà a partire dal 2012 per l'Iniziativa dei Cittadini Europei, che dovrà essere recepita e regolamentata da tutti gli stati UE e che prevede appunto anche la raccolta di firme tramite modalità informatiche certificate. Nell'art. 75 ter abbiamo inoltre introdotto il principio secondo il quale anche i cittadini che lo desiderano possono raccogliere le firme, autenticandole. Essi diventano, alla stregua degli attuali autenticatori, soggetti a doveri e responsabilità anche penali. In tal modo anche l'Italia si avvicinerrebbe a una situazione già presente in altri paesi come la Svizzera e la California, dove il sistema è ancora più agevole; infatti, in questi paesi la raccolta firme avviene senza autenticatori. Le firme sono raccolte su moduli stampati in proprio, fatti girare in internet oppure pubblicati con inserzioni a pagamento nei giornali cartacei e ritagliati. Sono solo gli uffici elettorali che effettuano il controllo sulle firme, indicando se una firma è valida oppure no, confrontando quelle raccolte con firme-modello depositate dai cittadini e conservate in appositi registri.

### **Art. 75 quater - Materie di competenza**

Ai cittadini viene data la competenza su tutte le materie sulle quali sono competenti anche i loro rappresentanti, come avviene in Svizzera, California, Baviera, ma vengono esclusi tutti gli argomenti che ledono i diritti umani.

L'iniziatore e coordinatore del comitato dei promotori della proposta di legge costituzionale „Quorum Zero“ Paolo Michelotto; giornata della democrazia diretta a Rovereto 2009.



### **Art. 75 quinquies - Libretto informativo**

Al fine di favorire la più ampia e consapevole partecipazione dei cittadini alle votazioni, sia del referendum che dell'iniziativa popolare, si è proposto di far pubblicare e inviare ad ogni elettore un opportuno libretto informativo, per assicurare così la corretta informazione sull'oggetto della votazione e facilitare la diffusione per mezzo dei media del suddetto libretto informativo, come già avviene regolarmente in Svizzera da qualche decennio.

### **Art. 75 sexies – I cittadini possono modificare lo strumento di democrazia diretta da utilizzare anche dopo il deposito delle firme**

In questo articolo abbiamo voluto evitare di vanificare lo sforzo dei cittadini. Il comitato promotore può porsi l'obiettivo di raccogliere le firme necessarie per attivare uno specifico strumento di democrazia diretta e non riuscire a raggiungerlo. Se questo accade, invece di annullare per intero lo sforzo sostenuto, il comitato promotore può optare per l'utilizzo di un altro strumento di democrazia diretta che preveda un numero inferiore e sufficiente di firme. Per poter adottare tale scelta il Comitato Promotore deve indicare - già all'atto delle sottoscrizioni - l'uso che farà delle firme raccolte.

### **Art. 75 septies – Spazi pubblici gratuiti per la discussione delle iniziative e referendum**

La democrazia diretta funziona bene se i suoi meccanismi sono resi agevoli.



Questo articolo prevede che, come per i partiti prima delle elezioni, anche il comitato promotore abbia a disposizione spazi e strutture pubbliche.

## **Art. 118 - Enti Locali e democrazia diretta**

Abbiamo conservato immutato l'attuale art. 118 in vigore, ma abbiamo aggiunto un obbligo, quello che negli statuti di tutti gli enti locali, ci siano i referendum confermativi, abrogativi, propositivi senza quorum di partecipazione, su tutti i temi di competenza degli amministratori ed inoltre che sia introdotta la revoca anche a livello locale. Oggi questo obbligo non esiste e pochi Enti Locali hanno questi strumenti e pochissimi hanno tolto il quorum di partecipazione, mentre tutti hanno introdotto fondamentali limitazioni sui temi referendabili. Questo significa che la democrazia non è uguale per tutti i cittadini Italiani. E anche dove ci sono questi strumenti, grazie al quorum o alla limitazione dei temi referendabili, essi non sono in realtà quasi mai usufruibili dai cittadini.

I vantaggi della democrazia diretta sono notevoli a livello nazionale e locale. Come esempio si può citare la Svizzera dove questi strumenti sono presenti da ormai un secolo e mezzo. Si è visto che la democrazia diretta:

- implica una più equa distribuzione del potere politico. Avvicina i politici ai cittadini e promuove il ruolo del cittadino a quello di "politico occasionale";
- dà alle minoranze la possibilità di farsi sentire, agisce da valvola di sfogo e riduce il ricorso alle violenze e all'estremismo. Incrementa la legittimità delle decisioni prese;
- aumenta l'attitudine dei cittadini al rispetto reciproco e quindi al rispetto dei diritti umani;
- dà un controllo effettivo ai cittadini sul parlamento e sul governo. Agisce contro il formarsi dell'oligarchia o casta politica e non permette ai politici di isolarsi dal paese;
- costringe i politici ad essere più comunicativi e a prendere decisioni in maniera trasparente;
- ben sviluppata, pone le procedure nelle mani dei cittadini stessi, i quali possono innovare o restringere gli strumenti a piacimento.

Ma ci sono anche notevoli e concreti vantaggi economici derivanti dalla pratica della democrazia diretta. Per anni esponenti dell'economia e degli affari avevano criticato l'esagerato uso della democrazia diretta in Svizzera, che secondo loro metteva un freno al progresso economico. Poi nell'estate del 2002, Economie Suisse, espressione del mondo del business svizzero, scrisse che "la democrazia diretta dovrebbe essere promossa a tutti i livelli dello stato" perché essa beneficiava l'economia.

Questo cambiamento di vedute fu dovuto a tutti gli studi accademici che dimostravano i legami tra la democrazia diretta e la crescita economica, sollecitati negli anni '90 dalle critiche sempre più numerose al modello democratico svizzero. La Confederazione grazie al suo livello molto alto di autonomia federale era il terreno ideale per ricerche comparative. Tutti i cantoni tranne Vaud, permettono il referendum finanziario. Tutti i cantoni hanno il referendum legislativo e l'iniziativa. Ma ci sono differenze notevoli nella facilità di utilizzo di questi strumenti. Per esempio il numero di firme raccolte rispetto al numero degli elettori, per iniziare la procedura dei referendum varia da 0,9% di Basilea Campagna, al 5,7% di Neuchâtel. La quantità di tempo per la raccolta delle firme varia dai 2 mesi di Ticino a un periodo illimitato di Basilea Campagna. La variabilità è ancora maggiore a livello comunale.

L'economista Gebhard Kirchgässner di S. Gallo e il prof. dell' Univ. Marburg, Larsfeld, elaborarono una analisi statistica sull'influenza della democrazia diretta sulla crescita economica. I risultati furono molto chiari:

1. nei cantoni con gli strumenti di democrazia diretta più sviluppati, il PIL pro capite è del 15% più alto della media;
2. nei cantoni dove i cittadini votano il bilancio comunale, c'è il 30% in meno di evasione fiscale della media;
3. nelle comunità dove il bilancio deve essere approvato dai cittadini tramite referendum, la spesa pubblica è più bassa del 10% pro capite rispetto alle comunità dove non c'è questo diritto;
4. nelle comunità dove c'è il referendum finanziario c'è il 25% in meno di debito pubblico rispetto a dove questo strumento non c'è;
5. i servizi pubblici costano meno nelle città con la democrazia diretta più avanzata: la raccolta dei rifiuti è del 20% più economica.

## **Art. 138 - Revisione della Costituzione**

La proposta di modifica dell'Art. 138 della Costituzione trae origine dalla volontà di introdurre i principi della Democrazia Diretta anche al livello della legislazione di rango costituzionale. Contrariamente al passato, che ha visto i popoli svolgere un ruolo spesso marginale nei grandi rivolgimenti sociali e politici a matrice democratica che, per lo più guidati da gruppi politici elitari, si sono succeduti a partire dalla fine del '700 fino ai tempi recenti, oggi l'estensione dei principi di cittadinanza e di autogoverno, il rafforzamento della coscienza di appartenenza alla comunità locale e dell'impegno civile per i diritti umani a livello internazionale, hanno di molto elevato le aspettative di partecipazione dei cittadini alla decisione politica, a tutti i livelli, ivi compresa la decisione sulla modifica del quadro di norme condivise che sono poste a fondamento della forma repubblicana dello Stato.





L'attuale formulazione costituzionale attribuisce ai cittadini la sola facoltà di ratifica di un quadro di norme costituzionali proposte, redatte e promulgate esclusivamente da esperti costituzionalisti, e l'unica possibilità di rigetto passa attraverso l'istituto del referendum confermativo, peraltro attivabile solo nel caso in cui le suddette leggi di rango costituzionale siano approvate dal parlamento con una maggioranza non qualificata di 2/3 dell'assemblea. Per essere più precisi: nessuna facoltà propositiva è ammessa.

Ecco allora che la modifica dell'articolo 138 va nella direzione di attribuire al popolo sovrano responsabilità diretta nella promulgazione di tutte le leggi di revisione della Costituzione, rendendone obbligatoria l'approvazione attraverso il voto popolare espresso con referendum confermativo. Inoltre, al terzo comma, viene introdotta la nuova facoltà, mai ammessa in precedenza, che la legge costituzionale sia emendabile attraverso l'Istituto della proposta di legge popolare a voto popolare. Tale istituto, già introdotto in tutte le sua funzionalità con le modifiche all'art. 73 bis, alle quali si rimanda per approfondimenti, prevede che il Parlamento mantenga la facoltà di opporsi alla proposta popolare di revisione della costituzione, elaborando una sua controproposta, che dovrà, come è ovvio, essere preventivamente approvata da entrambe le camere con maggioranza semplice e poi presentata al comitato promotore della legge di iniziativa popolare. Il comitato può accettare la controproposta parlamentare e quindi non si procede con il voto popolare. Nel caso invece il comitato non accetti la controproposta, ambedue saranno sottoposte al voto popolare. L'elettore potrà decidere di sostenere l'una o l'altra (votando un solo SI) o nessuna delle due (votando un NO), in quest'ultimo caso optando per lo "status quo", cioè la Costituzione invariata.

Molto particolare il sistema di voto scelto, perché prevede che prevalga il SI maggioritario ad una delle due proposte (supponiamo un 30%) anche se soccombente nei confronti del NO (supponiamo un 40%), nel caso in cui la percentuale complessiva dei SI ottenga la maggioranza dei voti validi (50%+1). Il fatto di sommare i voti dei SI alle due proposte, in opposizione ai NO ad entrambe, ha un alto valore di innovazione democratica.

Le ragioni son presto dette e ne elenchiamo alcune.

1. La competizione referendaria deve correttamente svolgersi tra due opposti schieramenti, quello dei SI alla modifica della legge costituzionale e quello dei NO alla modifica.
2. Anche il fronte dei NO è, virtualmente, variegato, e vota NO per una serie di motivazioni diversificate, da qui discende la correttezza democratica di opporre decisamente un SI ad un NO.
3. Chi vota SI è consapevole che vota per una modifica dello "status quo" e

certamente non desidera che questa scelta sia vanificata dal fatto che il fronte dei SI sia diviso tra due proposte anche in parte antitetiche, oltretutto a causa della resistenza ad oltranza di una minoranza, ancorché assai rappresentativa, della Repubblica, che è il Parlamento; deve, in altre parole, prima di tutto essere rispettata la volontà di cambiamento dei SI.

4. Nonostante le due proposte, popolare e parlamentare, possano apparire distinte ed ipoteticamente confliggenti, il fatto di accomunare i voti dei SI alle due proposte mantiene il forte significato di "unità nella diversità", ed interpella le due parti proponenti le modifiche a cercare con tutte le loro forze la via dell'unificazione delle proposte, piuttosto che quella della resistenza ad oltranza sulle proprie posizioni.

5. Al contrario, il mettere alla pari le tre proposte SI popolare, SI parlamentare, NO ad entrambe, indurrebbe i sostenitori della proposta parlamentare ad una più o meno palese alleanza con il fronte dei NO, in favore della conservazione dello "status quo" e a tutto detrimento della volontà di cambiamento, chiaramente manifestata dal popolo con la proposta di revisione della Costituzione. In altre parole, un tipo di ordinamento referendario con tre possibili maggioranze aprirebbe al Parlamento (e alle forze conservatrici che, spesso, rappresenta) una via diretta per intervenire sempre con una controproposta di rottura del fronte del cambiamento e di implicita alleanza col fronte della conservazione.

Per tutta questa serie di motivi, ed anche in considerazione della grande solidità dell'impianto costituzionale italiano, congegnato in modo da essere difficilmente emendabile se non con leggi di revisione di alto profilo democratico, si è deciso di introdurre questo particolare tipo di deliberazione a tre opzioni, SI alla proposta, SI alla controproposta, NO al cambiamento e due sole quote di maggioranza, i SI al cambiamento o i NO al cambiamento.



L'INIZIATIVA PER PIÙ DEMOCRAZIA continua a puntare in alto.

## Link utili:

Il blog di riferimento della Iniziativa Quorum Zero e Più Democrazia è: [www.quorumzeropiudemocrazia.it](http://www.quorumzeropiudemocrazia.it)

La nascita di questa proposta di legge, la sua discussione e il suo percorso si può trovare sul sito [www.paolomichelotto.it](http://www.paolomichelotto.it)

Il forum di discussione è: <http://quorum.forumattivo.it/>

Il gruppo FaceBook di riferimento si chiama "iniziativa quorum zero e più democrazia": [http://www.facebook.com/home.php?sk=group\\_116774758409798](http://www.facebook.com/home.php?sk=group_116774758409798)

## Bibliografia:

- > Thomas Benedikter – Democrazia Diretta – Più potere ai cittadini, Ed. Sonda, 2008
- > Paolo Michelotto – Democrazia dei Cittadini – Troll Libri, 2008 Scaricabile qui: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=37>
- > IRI (Istituto Europeo per l'Iniziativa e il Referendum) – Guida alla democrazia diretta – in Svizzera e oltre frontiera – 2010 Scaricabile qui: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download>.

[php?id=49](#)

- > Verhulst, Nijeboer - Democrazia diretta – 2007 Scaricabile qui: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=38>
  - > Paolo Ronchi – Una forma di democrazia diretta: l’esperienza del Recall negli Stati Uniti d’America – 2009 Scaricabile qui: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=48>
  - > International Idea Handbook - Direct Democracy – 2008 Scaricabile qui: [http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/uploads/Direct Democracy IDEA Handbook.pdf](http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/uploads/Direct_Democracy_IDEA_Handbook.pdf)
  - > Thomas E. Cronin - Direct Democracy – The Politics of Initiative, Referendum and Recall, New York, A Twentieth Century Fund Book, 1999
- A.A.V.V. - Vivere meglio con più democrazia – 2011 Scaricabile qui: <http://www.paolomichelotto.it/blog/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=50>



## Informazioni pratiche

per la raccolta delle firme per la proposta di legge di iniziativa popolare (ex art.71 Costituzione e Legge n. 352 del 25-5-1970 con successive modifiche)

### Lo strumento

La proposta di legge di iniziativa popolare oggi è l'unico strumento di partecipazione diretta alla legislazione che i cittadini possono utilizzare per proporre che una riforma venga trattata dal Parlamento. Per essere depositata in Parlamento la proposta deve essere firmata (con autentica della firma) da almeno 50.000 cittadini. Sul numero totale di proposte di legge popolari presentate fra il 1948 e il 2005 sono state accolte dal Parlamento in parte o in toto il 13%.

### L'obiettivo della proposta

Togliere il quorum dai referendum e introdurre strumenti di democrazia sperimentati, efficaci e normalmente utilizzati in diversi paesi del mondo (USA, Svizzera, Germania) come il referendum propositivo, il referendum confermativo, il referendum costituzionale, la revoca degli eletti, l'iniziativa popolare con voto parlamentare e/o popolare, ed altri diritti dettagliati nei 18 articoli del progetto di legge.

### Dove e come firmare

La raccolta di firme è iniziata ufficialmente il lunedì, 27-2-2012, e si protrae fino al 18 luglio 2012. In questo periodo ogni cittadino, munito della carta d'identità, può recarsi nella segreteria del suo Comune di residenza per firmare durante gli orari di apertura. Può anche firmare presso i banchetti allestiti regolarmente in numerose città e durante vari eventi politici di questo periodo.

### Chi può raccogliere e autenticare le firme?

Le firme possono essere raccolte da qualsiasi cittadino che intenda attivarsi nel proprio Comune, in presenza di una persona autorizzata all'autenticazione delle firme. I possibili autenticatori sono da scegliere preferibilmente fra le seguenti persone:

- sindaco
- assessori comunali
- presidente del Consiglio comunale
- segretario generale comunale
- funzionario incaricato dal Sindaco
- consigliere comunale che comunichino la propria disponibilità al Sindaco
- presidente e vicepresidente del Consiglio circoscrizionale

Gli autenticatori hanno competenza territoriale, per autenticare le firme

di qualunque cittadini all'interno del Comune dell'autenticatore. Conviene raccogliere le firme dei cittadini residenti nel Comune in cui si sta raccogliendo, per non dover effettuare il relativo controllo negli altri Comuni.

Ci sono altri pubblici ufficiali che possono autenticare, ma più difficili da coinvolgere.

### **Come aiutare?**

1. Prima di tutto puoi avvisare i conoscenti di andare a firmare, eventualmente allegando il presente opuscolo di illustrazione.

2. Puoi verificare nel tuo Comune se i moduli inviati da parte dell'Iniziativa per più democrazia sono correttamente predisposti da parte delle segreterie comunali, e se il tuo Comune quindi è in regola con le norme legali per accettare le firme durante l'orario d'ufficio. Se ci fossero problemi puoi contattare l'Iniziativa a Bolzano per segnalare l'inconveniente.

3. Puoi organizzare un banchetto per la raccolta di firme (con moduli vidimati), in presenza di un autenticatore (da scegliere fra le persone indicate sopra) e con l'aiuto di altre persone. Puoi contattare l'Iniziativa per più democrazia di Bolzano (Tel. 0471 324987, [info@dirdemdi.org](mailto:info@dirdemdi.org)) per tali iniziative di raccolta di firme.

4. Puoi organizzare iniziative di informazione sulla campagna nel tuo Comune oppure pubblicare un commento o un avviso sugli spazi disponibili dei giornali locali.

### **Dove scaricare il modulo di raccolta delle firme?**

Il modulo predisposto dal comitato promotore per questa proposta di legge di iniziativa popolare è disponibile al: [www.quorumzeropiudemocrazia.it/materiale-per-chi-raccoglie-firme/](http://www.quorumzeropiudemocrazia.it/materiale-per-chi-raccoglie-firme/)

Il modulo va stampato in bianco e nero, formato A3 fronte e retro, piegandolo in due nel formato A4 libretto. Ogni modulo, che contiene 46 firme, va vidimato per legge prima di iniziare la raccolta. Di regola la vidimazione è effettuata da:

- un cancelliere del Tribunale
- un dirigente della cancelleria del Tribunale
- un funzionario della segreteria comunale

Chi effettua la vidimazione nella segreteria del suo Comune (la regola) può raccogliere su questi moduli solo le firme all'interno del proprio Comune da parte di tutti i cittadini aventi diritto al voto. Per la vidimazione seguire i passi indicati nel VADEMECUM ([www.paolomichelotto.it](http://www.paolomichelotto.it))

### **Giornate nazionali di raccolta delle firme**

In tutta Italia già oggi si raccolgono in migliaia di Comuni e son organizzate banchetti in almeno 125 città. Nei seguenti giorni è indetta una "Giornata nazionale per la raccolta firme per quorumzeropiudemocrazia": 14 aprile, 5



maggio e 2 giugno. In questi giorni anche in Provincia di Bolzano ci saranno iniziative specifiche. Per tenerti aggiornato mettiti in contatto con l'Iniziativa per più democrazia oppure consulta il suo sito: [www.dirdemdi.org](http://www.dirdemdi.org)

## **Diffondere il messaggio**

Potete aiutare a diffondere questa iniziativa inviando il link [www.quorumzeropiudemocrazia.it](http://www.quorumzeropiudemocrazia.it) a tutti i vostri amici e conoscenti, su Facebook e Twitter, e piazzando il link sul vostro sito personale o dell'associazione.

## **Siti utili:**

Generale: <http://www.quorumzeropiudemocrazia.it>

Vademecum: <http://www.paolomichelotto.it/>

Moduli allegati di raccolta: <http://quorum.forumattivo.it/f3-io-mi-impegnero-in-questa-citta>

Associazione di riferimento in Prov. di Bolzano: <http://www.dirdemdi.org>

**La ringraziamo per il Suo sostegno e la Sua solidarietà!**



**QUORUM**  
~~**ZERO**~~  
**PIÙ DEMOCRAZIA**



**FIRMA ANCHE TU!**

PROPOSTA di LEGGE di INIZIATIVA POPOLARE PER:

- TOGLIERE il QUORUM (chi VOTA decide)
- MIGLIORARE gli STRUMENTI di DEMOCRAZIA DIRETTA

[WWW.QUORUMZEROPIUDEMOCRAZIA.IT](http://WWW.QUORUMZEROPIUDEMOCRAZIA.IT)

